

# Wolffener-Zeitung

Sonnabend/Sonntag, 19./20. Mai  
10. Jahrgang, Nummer 116

Gründungspreis: 10 Pf.  
Wolffener-Zeitung  
Preis: 10 Pf.  
Einzelnummer 10 Pf.  
Jahresabonnement 100 Pf.  
Halbjahresabonnement 50 Pf.  
Quartalsabonnement 25 Pf.  
Wolffener-Zeitung  
Preis: 10 Pf.  
Einzelnummer 10 Pf.  
Jahresabonnement 100 Pf.  
Halbjahresabonnement 50 Pf.  
Quartalsabonnement 25 Pf.

für Schlesien und Oberschlesien  
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Handverheiratung: Breslau 10, Kreutzbergstraße 50, Telefon 4719.  
Breslau 544, Hebbelstraße 50, Telefon Ring 8837.  
Breslau 10, Kreutzbergstraße 50, Telefon Ring 8837.  
Breslau 10, Kreutzbergstraße 50, Telefon Ring 8837.

## Wählt

MAI  
31-Tage  
20  
SONNTAG

## Liste 5!

### Geht sie Euch an!

Sie gehen auf die Straße...

Die Herren Minister und die Herren Parlamentarier haben für ein paar Wochen den Schauplatz ihrer Tätigkeit gewechselt. Sie legen die Fräde und Smolings ab und gehen statt zu diplomatischen Frühstück und parlamentarischen Bierabenden zum Volk. Die Stresemann und Otto Braun, die Severing und Heubell, die Scheidemann und Marx setzen die wiederste Volksgenossenschaft auf und erscheinen in den Massenveranstaltungen.

Seht sie euch an!

Schaut die Parteien, die euch in den letzten Jahren im Reich und in Preußen regiert haben, an!

Das sind die Deutschnationalen, die Partei der Junker und der Schwerindustrie! Die Partei der Schutzzölle, der Brotverteuerung und der Kulturreaktion! Die Partei, die offen an die Seite der Fememörder tritt, die Leibgarde der Hohenzollernbande! Die Partei des Stahlhelms und des Rotfront-Verbots! Sie verlangen mehr Macht dem Reichspräsidenten! Sie wollen einen Diktator wie Mussolini, einen Platzhalter für den Narren in Doorn. Sie wollen den Militärstiefel auf den Raden des Proletariats setzen!

Das ist die Volkspartei, die klassische Partei der Schwerindustrie, die Partei des toten Stinnes und der lebenden Beherrsher des Stahltruffs und des Farbentruffs. Die Partei, die den Achtstundentag raubte, die Sozialfürsorge abbaut und den „unleidenden“ Industriellen hunderte Millionen zugschänkt hat! Die Partei Stresemanns und seiner Politik, der Politik des Dawes-Plans, der Politik von Locarno, der Politik des neuen deutschen Imperialismus, der sich einen Platz an der Sonne erkämpfen will. Auf eure Kosten, Arbeiter! Ihr tragt die Lasten der Reparationszahlungen und Anleihezinsen! Und ihr werdet bluten, wenn unter der Regide des Völkerbundes, der jede wirkliche Abrüstung sabotiert, ein neuer Krieg entfesselt wird.

Das ist das Zentrum, die Partei von Thyssen und Aldeker und die Partei des Reichsbannerhelden Birth, die Partei des Bürgerblods im Reiche und der Kleinen Koalition in Preußen! Die Partei, die im Dienst des Trustkapitals steht und seine reaktionären Interessen überall und unter jeder Flagge vertritt! Die Partei, die die Schule an die Pfaffen ausliefern will, und die Partei, deren Minister Brauns eifrig darüber wacht, daß ihr durch Schiedsprüche gefesselt bleibt, damit die Profite immer gewaltiger anschwellen.

Das sind die Demokraten, die die Leiden der Massen mit dem schwarzrotgoldenen Tuch zudecken wollen und sonst daselbe tun und sagen wie die Volkspartei! Aus ihren Reihen stammt Geßler, der Minister der Schwarzen Reichswehr und der Phobus, der Feme und der Panzerkreuzer; aus ihren Reihen stammt Kütz, der Vater des Schund- und Schmutzgesetzes!

Und das ist endlich die Sozialdemokratie, die Partei der Ebert und Noske, der Severing und Orzeszki, der Hörning und Wiffel, die Partei der Polizeipräsidenten und Schlichter!

Sie fordert euch auf, für sie zu stimmen, damit ihre Führer auch im Reiche in die Ministersessel steigen können! Heute schenkt sie euch Seife, morgen wird sie euch den Strid bringen! Ihr

sollt dieser Partei helfen, eine „Regierung der republikanischen Mehrheit“ zu bilden!

Mit wem will die Sozialdemokratie eine „republikanische Mehrheit“ bilden? Mit den Parteien des Bürgerblods, mit dem Zentrum und der Volkspartei! Das Trustkapital wird dieser Mehrheit ebenso den Willen diktiert wie dem Bürgerblod!

Der beste Beweis dafür ist die Haltung der Sozialdemokratie!

In der Außenpolitik reklamiert die SPD. Stresemann für sich! Seine Politik ist ihre Politik! Und das ist kein Zufall. Die Politik des Völkerbundes, die von der Sozialdemokratie unterstützt wird, dient der Vorbereitung eines Krieges gegen die Sowjetunion, gegen den ersten Arbeiterstaat der Welt. Und die

deutsche Sozialdemokratie treibt am tollsten die Feme gegen Sowjetrußland. Die Sozialdemokratie steht mit beiden Füßen auf dem Boden des Zwangsjochs. Die Sozialdemokratie, das ist die Partei des Polizeikumknüppels. Die Sozialdemokratie, das ist die Partei, die an den Mietenerhöhungen schuld trägt, denn diese sind das Werk der preußischen Regierung, auf die die Sozialdemokratie besonders stolz ist. Die Sozialdemokratie, das ist die Partei, die die Fememörder angreift, und deren Noske die Reichswehr gegründet, und deren Severing zum mindesten Mitwisser der Fememorde in Oberschlesien war. Die Sozialdemokratie, das ist die Partei, die den Achtstundentag verspricht, und die der Bourgeoisie mit dem Ermächtigungsgesetz das Werkzeug zur Abschaffung des Achtstundentages in die

### Gib' Ihnen Saures

Wie sie umbuhlen  
Dich jetzt Prolet,  
Weil es um Deine  
Stimme doch geht!

Sieh, wie sie schwänzeln,  
Die feinen Herr'n,  
Sie wollen doch Deinen  
Stimmzettel gern.

Krautjunker, Pfaffe,  
Börsenpirat,  
Drängeln sich ran zur  
Krippe im Staat.

Du sollst sie wählen,  
Sie bitten Dich drum —  
Sie halten immer  
Dich noch für dumm.

Klößner und Strese,  
Wirth, Scheidemann,  
Flehen um Deine  
Stimme Dich an.

Wie Du der Sippschaft  
Heimzahlst den Schimpf?!  
Gib ihnen Saures!  
Wähl Liste 5!!

Kasimir Sublimer.



und gegeben hat. Die Sozialdemokratie, das ist die Partei, die sich als Gegnerin der Klassenjustiz auspricht, und die eine Amnestie der Opfer dieser Klassenjustiz verhindert hat.  
Keine Stimme all diesen Parteien!  
Gute Partei, Arbeiter und Arbeiterinnen, ist die kommunistische Partei!  
Sie allein hat ohne Schwanken und Zagen einen unerbittlichen Kampf gegen das Kapital geführt und rücksichtslos eure Interessen vertreten.  
Sie buhlt nicht um eure Stimmen. Sie verspricht euch keine Wunder, sie weiß, daß die Macht des Kapitals nicht mit dem Stimmgabel niederzulampfen ist.  
Stimmt für die kommunistische Partei, für die Liste 5 und bekennt euch dadurch zum rücksichtslosen Klassenkampf, be-

### Ein Zeugnis von heute

„Es gibt Sozialdemokraten, denen man unbedingt das wichtigste nationale Amt anvertrauen könnte.“  
(„Heinrich-Werkstätten-Zeitung“,  
Organ der Schwerindustrie,  
Morgenausgabe vom 16. Mai 1928.)

ludet eure Vereinskasse, alles daranzusetzen für die großen Ziele unserer Klasse, für den Sozialismus!

Stimmt für die kommunistische Partei!  
Sammelt euch zum Kampf!

#### Gegen

- den Bürgerhaß und seine Helfershelfer!
- die Koalitionspolitik im Reich wie in Preußen!
- die Kapitalkultur!
- die Kriegesgefahr!
- Für  
Lohn und Brot!
- den Achttundentag!
- einen wirklichen Arbeiterschutz!
- die Amnestie der proletarischen Gejungenen!
- das Schutz- und Trugbündnis mit Sowjetrußland!
- die Regierung der Arbeiter und Bauern, der arbeitenden und darbenenden Klassen!

### Der „Leninbund“ bei der SPD. gelandet

(Fig. Draht.) Suhl, 18. Mai.

In einer öffentlichen Versammlung erklärte der hiesige „Lenin-Bund“, an der Spitze die Genm. Greiner, ihren Uebertritt zur Sozialdemokratie.

Und diese korrupten Stroche schändeten für ihre dunklen Zwecke den Namen des Genossen Lenin! Keine Stimme den „Linken“ oder „revolutionären“ Phrasenhelben, die in Wirklichkeit doch nur Zubehälter der Sozialdemokratie sind. Jeder Arbeiter wählt Liste 5!

### Rechtsanwalt Genosse Samter soll angeklagt werden

Leipzig, 18. Mai. (Fig. Draht.) In der gestrigen Sitzung des Hochverratsprozesses Braun wurde die Verteidigung des als Zeugen geladenen Rechtsanwalts, Genossen Samter, abgelehnt, weil er selber tatverdächtig sei. Anscheinend will man den gefährlichsten kommunistischen Verteidiger damit zur Strecke bringen.

**PASSAGIERE**  
DER III. KLASSE Roman von Kurt Klaber

Die Farmer aber blieben unsere Freunde, solange wir da oben unser Silber tranken, und als wir abrückten, sagte der Kellner, so ein richtiger Saft- und Wiesbar, zu uns: „Wozu! Ihr habt uns eine gute Lehre gegeben. Die Farmer und die Arbeiter gehören zusammen. Alles, was darunter oder darüber ist, soll über der Dampf haften.“  
„Ja“, fiel der Belgier ein, der den Dänen schon lange unterbrechen wollte, „das war in Mexiko! Glaubst du aber, es geschieht in den Staaten oder in Europa dasselbe?“  
„Kamerad!“ antwortete der Däne und sah den Belgier mit seinen kantigen Augen schief an, „es ist überall dasselbe. Wir müssen nur die Augen aufreißten und suchen. Jeder wartet darauf, daß ihm der andere hilft, — und wenn erst einmal die Faust hebt und zuschlägt, kommen sie alle, um mitzuschlagen!“  
„Ist das so einfach?“ fiel der Belgier wieder ein und machte ein hässliches Gesicht.  
„Kamerad!“ antwortete der Däne ernst, „das einzige, was uns behindert, Irrsinnigkeiten, sind wir selber. Nicht, daß wir feig wären oder keinen Mut hätten. Wir sind tapfer, wenn einmal zugesprochen worden muß, aber“, der Däne wurde bitter, „wir sind fünfzig Jahre wie Vieh getrieben und getrieben worden. Man hat uns geföhrt wie Hammel, die nicht den Weg zu den eigenen Stall wissen und dahin getrieben. Ja, man hat uns entmündigt und erniedrigt, man hat uns wie Kinder und Dumme behandelt und uns nichts weiter gelehrt als das Gehorchen!“  
„I!“ sagte er leiser und verzog sein Gesicht zu einem sonderbaren Grinsen, „und dabei hat man uns eingebläut, daß der Sinn und die Ordnung der Welt und der Gesellschaft etwas Schweres und kaum Verdauliches sind, daß wir uns nur den Kopf daran zerbrechen würden, und daß wir bewegen unserer Obrigkeit den Kampf mit diesen Dingen überlassen sollten!“  
„Und“, sprach er wieder lauter und sah auch den Amerikaner an, „ist es heute besser geworden? Wir werden noch überall geprügelt und geprügelt, lassen uns anschnitten und treten und machen noch ein zehntelbenedictus Gesicht dazu. Sicher, wir sehen auch vor den verschlossenen Türen und baken die Hände. Wir trauen uns aber nicht zuzuschlagen, weil wir noch immer denken, es könnte dahinter etwas zerbrechen und das ganze Leben hieße dann auseinander!“  
„I!“ schrie er. „Das ist es. Die Knechtschaft vor dem, was kommen sollte. Wir trauen uns nichts zu, weil man uns ein halbes

# Das Reichsbanner mordet!

## Ein berüchtigtes Hamburger Rollkommando schießt in die Menge

(Fig. Draht.) Hamburg, 18. Mai.  
Auf 40 Rollautos führten die roten Frontkämpfer Hamburgs gestern ihre Wahlpropaganda durch als sie in der Vogelweide-Lanen, wo das Vereinslokal der „Sportriege“ (lies: Rollkommando) des Reichsbanners sich befindet, iraten einige Reichsbannerleute vor das Lokal und riefen zum Auto hinüber: „Rot-Front-Kumpen“ und „Kommunistenpad“. Schon dabei kam es zu scharfen Protesten der spaltstehenden Menge.  
Trotzdem fuhren die Autos des RFB weiter. Da erdinten in schneller Folge 15 bis 20 Schüsse. Deren Wirkung war fürchterlich. Sofort sanken

5 RFB-Kameraden schwer verletzt nieder. Genosse Piehal, Mitglied des RFB, wurde in dem Augenblick, in dem er die Querpfeile zum Ausziehen ansetzen wollte, durch drei Schüsse getroffen. Rieker wurde schwer verletzt die Arbeiter Böhricht, Berger, Plech und Höllein.  
Aber die Schießhelben aus dem Keller des Rollkommandos gaben noch keine Ruhe. Sie schossen, obwohl vor dem Lokal Leute standen, Dabei wurde der Arbeiter und Reichsbannermann Thiedemann, der vor dem Lokal stand, von hinten durch den Kopf geschossen.  
Er war also von seinen eigenen Kameraden niedergeschlagen worden. Spät erst erschien Polizei. Sie untersuchte die Reichsbannerleute und beschlagnahmte bei ihnen Revolver und zahlreiche abgeschossene Patronenhüllen. Insgesamt wurden acht Reichsbannerschießhelben verhaftet.  
Sie gehören alle einem berüchtigten Rollkommando an, das bereits einmal das RFB-Lokal überfallen und zertrümmert hat. Selbst sozialdemokratische Arbeiter haben sich aus Empörung über diese Vorfälle bei der Polizei gegen das Reichsbanner gemeldet.

### Prozeß gegen die Sabotage-Ingenieure

In Moskau hat der Prozeß gegen die der Industriesabotage angeklagten russischen und deutschen Ingenieure begonnen. Den uns bis Reaktionschluß allein vorliegenden bürgerlichen Meldungen entnehmen wir:

# Liste 5

wird am 20. Mai gewählt! Alle anderen Wahlvorschläge kommen für die wertvollen Massen auf keinen Fall in Frage \*

Die Verhandlung findet im Gewerkschaftshaus statt. Die ausländische Presse und ausländische Diplomaten sind zahlreich vertreten. Unter den Angeklagten befinden sich die deutschen Ingenieure Otto, Meyer und Bachteler. Die Anklage wird vertreten durch den Genossen Kerylenko. Zu Beginn der Verhandlung wurden die Anträge auf Ladung überflüssiger Zeugen abgelehnt.

### Sie wollen provozieren

#### „Wahlvorbereitungen“ des Stahlhelms

Wreslau, den 18. Mai 1928.

Wie wir schon von wohlunterrichteter Seite erfahren, hat der Stahlhelm in Kreisgruppe Wreslau, gestern Abend an die einzelnen Hundertschaften folgende Anweisungen herausgegeben:

- Der Stahlhelm steht von Sonnabend Abend bis Sonntag mitternacht in erhöhter Alarmbereitschaft.
- In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ziehen die Stahlhelmerkameraden durch die einzelnen Stadtteile und haben überall dort, wo ihnen Kommunisten oder Sozialdemokraten begegnen, gegen sie vorzugehen. Es ist dabei darauf zu achten, daß den Gegnern das mitgeführte Wahlmaterial abgenommen wird.  
Die Kameraden erscheinen in Zivil und mit Gebirgsstock.
- Folgende Lokale sind aufgrund besetzt:  
Hundertschaft Mitte — Katernode;  
Hundertschaft West — Seubertsch, Lange Gasse, Szymaszel, Bärenstraße;  
Hundertschaft Oberort — Fürstehof, Salzstraße;  
Hundertschaft Schellwig — Endergarten, Enderstraße;  
Hundertschaft Gräbischen — Roland, Kaiser-Wilhelm-Straße.
- Alle Kameraden, die nicht zum Wahllokaldienst abkommandiert sind, erscheinen in den festgelegten Lokalen Sonntag früh 8 Uhr. Die Kameraden erscheinen in gleicher Ausrüstung wie am Sonnabendabend, damit unauffällig die zu erwartenden Wahlumzüge bearbeitet werden können.
- Genaue Anweisungen werden den Kameraden am Sonntag früh nach eingehender Prüfung der Sachlage von den Führern gegeben werden.

Diese Anweisungen der Stahlhelmsleitungen zeigen, daß die faschistischen Banditen versuchen werden, die Arbeiter zu provozieren und die letzten Wahlvorbereitungen zu stören. Die Arbeiterschaft wird deshalb auf diese Gesellschaft scharfsten achten müssen und überall dort, wo sie zu provozieren versuchen sollte, ihre Antwort nicht schuldig bleiben.

Lokaltermin auf Fort Tschernow. — Ul. Stettin, 18. Mai. Heute findet auf Fort Tschernow bei Küstrin, unter Teilnahme der am Prozeß Beteiligten, ein Lokaltermin statt. Die Presse ist auf Anordnung des Reichswehrministeriums nicht zugelassen, da es sich hierbei um Festungsanlagen handelt.

Bombenanschlag auf den Neugorler Scharrichter. — Ul. Neuhorl, 18. Mai. Im Neugorler Vorort Queens verübten Unbekannte nachts einen Bombenanschlag auf das Haus des Scharrichters Elliot, der die Hinrichtung Saccos und Vanzetti vollzog.

Amantullah nach Konstantinopel. — Ul. Rowno, 18. Mai. Wie aus Sewastopol gemeldet wird, ist heute Amantullah, nachdem er noch eine Parade über die russische Schwarzmeer-Flotte abgenommen hatte, auf einem türkischen Kriegsschiff nach Konstantinopel abgereist. Vor der Abreise wurden zwischen Amantullah und Karagan noch Abschiedsanreden ausgetauscht.

Jahrhundert vorgelesen hat, daß wir dumm, beschränkt und unwissend wären, daß uns das Hirn fehlte, um nur einen einzigen Nebel des Staates in Bewegung zu setzen und daß es uns noch unmöglich wäre, uns selber zu regieren!“  
„Grund!“ fragte der Amerikaner, der den Dänen jetzt angesehen hatte, „und ist das so leicht?“  
„Kamerad!“ lachte der Däne und blinzelte den Schriftisten an, „seitdem der Russe gezeigt hat, daß sogar der Bauer regieren kann, der vor einigen Jahren noch schlummer gehalten wurde als bei uns dahelms das Vieh, muß man schon zugeben, daß es nicht so beschwerlich ist, Steuern einzusammeln und für Ordnung zu sorgen. Nel! Und für eine Ordnung, die an der der Russen gemessen, schlechter ist als die im dreidigiten Hundert!“  
Der Amerikaner schweig. Auch der Belgier schob sich zurück in seine Nische. Demmernd hörte man daüß nebenan den Schotten reden.  
Der hatte sich, trotzdem er müde war, mit dem Deutschen in einen Disput eingelassen. Es war schneller dazu gekommen, als es den beiden lieb war.  
Der Deutsche, aufgeregt wie ein tollender Vater von dem Spott, der den ganzen Tag hinter ihm hergepfiffen war, war trippelnd auf und ab gegangen, ohne daran zu denken, sich anzuziehen.  
Den Schotten, dem noch der Bericht des Dänen in den Gliedern lag und dem auch die Augenbedel schwer wurden, als hätte er die ganze Woche kein Bett gesehen, brachte das auf.  
„Ha! du ein schlechtes Gemüß!“ brummte er und schielte den Seitenblick böshast an.  
Der Deutsche blieb stehen und riß den Mund auf, dann drehte er sich aber rüchlich um und goß alles aus sich heraus, was sich den ganzen Tag an Wut in ihm angesammelt hatte.  
„Wegen was?“ fragte er erst höflich, und er zog sein bides Gesicht so lang, daß er aussah wie ein amtierender Richter.  
Der Schotte krümmte sich ein wenig zusammen. Das schien spöttig zu werden. „Wegen der hiesigen Bretter“, rief er ihm leise zu und klapperte mit den Lagerdeckeln.  
„I!“ schrie der Deutsche aber schon auf und hob seine Hände. „Glaubst du! Bin ich denn unter lauter Spießhunden und Tagediebe gekommen? Ist hier kein guter Christ, der einem ehrlichen Handwerker zu Hilfe kommt. Ist hier kein Mensch, der einem anderen Menschen beisteht?“  
Er schrie das alles so laut, als hätte er an einem Spiegel, schüttelte dazu die hochgehobenen Hände, als hätte er das Hipperlein, und das rote in seinem Gesicht farbte sich langsam bläulich.  
„Sott!“ unterbrach ihn der Sommerproffige, der sich auferichtet hatte und den Tänzeln mit aufgeregten Augen ansah, „es ist wirklich über ihn gekommen!“  
Den Deutschen brachte das noch mehr auf. „Ja, Spießhunden seid ihr“, schrie er und näherte sich dem Schotten, Spießhunden und Schweine. Darhin haben sie beinahe eine Frau auf der Treppe ver-

gewalligt. Ist das christlich? Dem Kapitän sollte man das sagen! Einpieren sollte man euch! In das Arbeitshaus gehört ihr alle!“  
„I!“ schrie er auf einmal klaglicher, „und ich anständiger Mensch soll sechs Tage mit euch zusammenleben!“  
Dem Schotten wurde das allmählich zu bunt. Besonders das „Schwein“ war ihm in den Magen gefahren.  
„Wer ist ein Schwein?“ fragte er darum laut und sah nach dem Deutschen.  
„Du — alle!“ — stampfte der Deutsche auf und zog sich ein Stück zurück. Sein gedunsenes Gesicht wurde dabei noch klaglicher und ließ auseinander wie zu weich gekochter Brei.  
Das brachte den Schotten ganz auf die Beine. „Hund!“ schrie er und zog den Deutschen in seine Arme, „willst du wackeliger Wucher einen ehrlichen Arbeiter beschimpfen!“  
Der Deutsche versuchte sich erst zu sträuben. Unter dem harten Griff des Schotten wurde er aber läufig und weiß. „Merch!“ stammelte er auf einmal, und seine Augäpfel stiegen nach oben. „Merch! Er drückt mich tot!“  
Das rührte den zornigen Schotten. Er ließ nach in seinem Drücken und nahm den Dänen, der jetzt schlief nach hinten hing, sogar an seine breite Brust.  
„Dickchen!“ sagte er und wälzte ihn hin und her, „bist du schon kurr? Hast du schon genug? Merk dir es aber! Sei das nächste Mal klüger. In einem ehrlichen Arbeiter sagt man nie Spießhube oder Schwein!“  
Als der Deutsche trotz dieser Bärtlichkeiten nicht wieder zu sich kommen wollte, schüttelte und wälzte ihn der Schotte noch mehr.  
„Hulle hei“, flüster er dazu. „Hulle hei! Das Kind will also lieber schlafen!“  
Er ließ den Leblosen dann von seiner Brust in das Bett rollen, krachte ihn langsam aus, nahm die Decken, warf sie über ihn und bedeckte ihn sorgfältig zu.  
Der Heilige schlief schon. Auch der Russe. Dieser lag gerade in seinem Bett wie am Nachmittag. Das Gesicht hob sich scharf aus dem Dunkel, und die schwarzen Haare stachelten sich darum, als müßten sie es schützen.  
Während der ganzen Zeit — es war wohl eine Stunde vergangen, bis es so ruhig geworden war — hatte der Geduckte in der leeren Kabine auf die Französin gewartet. Nun zog er sich ärgerlich aus und legte sich nieder.  
Es war lange nach Mitternacht, da schlich die Frau endlich herein. Sie war erregt und heiß. „Bist du es?“ flüster sie leise, als sie die Hand des Geduckten berührte.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski, für „Bericht“ und „Weltanschauung“ Wilhelm Piebald, für „Wreslau“, „Wichtig“ und „die Arbeiter-Zeitung“ Kurt Thomas, für „Hilfs“ in Wreslau. Für den oberirdischen Teil Fritz Jacobsohn, Wlad. Gleitsch. Für „Aufwärts“ B. Gerber, Wreslau.



# Bauernnot und Wahltag!

## Landwirtschaftliches Notprogramm und Bauernparteien — ein Betrug an den werktätigen Bauern

Die Not der Landwirtschaft ist in diesen Tagen in aller Leute Munde. Noch niemals hatten Deutschlands Städte und Dörfer so anhaltend und tief wider von dem Ruf: „Landwirtschaft in Not!“ herab und allerorts spricht man darüber, wobei die Ansichten und Auffassungen oft recht weit auseinandergehen. Auf der ganzen Linie ist zugleich der Kampf um die Gewinnung der Bauernmassen entbrannt. Auch der Wahlkampf ist ein Teil dieses Kampfes um euch. Der Ruf: „Helft der Landwirtschaft!“ soll euch einigen, groß und klein, Gutsbesitzer und Bauersmann, Großgrundbesitzer, Siedler und Pächter. Die „Einigung“ des Landvolkes soll vergessen lassen, was Rechtsparteien und Landbund, was agrarische Bauernfeinde und bürgerliche Bauernbetrüger, was Bürgerblockregierung und Bürgerblockparteien in den letzten Jahren an der werktätigen Bauernschaft durch Irreführung, Betrug, Ueberverleumdung, Ausplünderung gefündigt haben. Gewiß waren die gewaltigen Bauerndemonstrationen in allen Ländern und Provinzen Ausdruck eurer Not und Verzweiflung. Wer rief euch zu den Kundgebungen und Demonstrationen vor die Finanzämter? Ihr kennt sie, die Landbündler, die Herren von Wel, mit von und zu, die Grafen, Barone, Ritterguts- und Gutsbesitzer, die „Bauernpolitiker“ in den bürgerlichen Parteien, alle dieselben Geistes, die in der Reichsregierung, im Reichs- und Landtag, in den Landwirtschaftskammern, in den Agrarier-Konten und Genossenschaften immer wieder das entscheidende Wort gegen euch und eure Interessen geführt haben. Warum riefen sie die Bauern auf?

„Der Not der Landwirtschaft ein Ende zu machen“ durch: Zoll-erhöhungen auf Agrarprodukte, durch Einfuhrsperren und Ausdehnung des Einfuhrzollsystems, durch Umschuldungs-, Genossenschafts- und Rationalisierungskredite, durch neue Staats-subsidien, durch Abbau der Soziallasten! Unter der Wucht eurer Demonstrationen bewilligten Bürgerblockregierung und Reichstag im Notprogramm rund 300 Millionen — aber nicht für euch, werktätige Bauern, sondern für das Agrar-, Handels- und Industriekapital.

Im Notprogramm wird das Einfuhrkontingent an zollfreiem Gefrierfleisch von 120 000 Tonnen auf 50 000 Tonnen jährlich herabgesetzt, wobei zu beachten ist, daß bei stetig sinkender Kaufkraft der Stadtbevölkerung, bei dem Erwerbslosen- und Sozialrentnererwerb Nachfrage und Absatz von frischem Fleisch sich im ganzen nicht steigern kann. Die Preissteigerungen im Zwischenhandel benachteiligen den Erzeuger, den werktätigen Bauern ebenso wie den Verbraucher. Das Handelskapital aber schützt und verteidigt den Zwischenhandel mit Hänen und Klauen. Das Notprogramm hebt das Einfuhrzollsystem auf Schweine und Schmelzfleisch zugunsten der großen Fleisch-Ein- und Ausführ-gesellschaften aus, ohne daß der Preis des Pfundes Lebendgewicht für den Bauer steigt und die Futtermittel im Preise fallen. Weiter: 8 Millionen für die Organisation des Abfahrs von Vieh und Fleisch, für die Besserung des Viehtriebs auf den Schlachtohmärkten, für die Besserung der Einrichtungen zur Verwertung von Schlachtohm, für die Gewinnung neuer Vieh- und Fleischabzähmäkte im Ausland, für die Rationalisierung der Schweinezucht und Schweine-mast. — Werden diese 8 Millionen für die schaffenden Bauern oder für den Viehhandel, für die Fleischwarenindustrie, für die industriellen Schweinegroßmäreien sein? Die Junker und Kapitalisten bewilligten sich weitere 25 Millionen für die Rationalisierung der Genossenschaften. Die Erfahrungen der Bauern in der landbündlerischen Genossenschaftspolitik sind zu groß und ernst, als daß der werktätige Bauer auch nur die geringste Hoffnung auf wirkliche Hilfe hieraus hegen könnte. Ebenso dürfte feststehen, daß die weiteren 30 Millionen für außerordentliche Notstände in der Landwirtschaft eine Beute der Agrarkapitalisten und Bauernfeinde werden.

Mit dem Notprogramm auf in den Wahlkampf! Mit diesen Millionen toden sie euch und eure Stimmen für den 20. Mai. Wenn ihr nicht national, nicht zentristisch, nicht demokratisch oder gar sozialistisch wählt, dann wählt Christlich-nationale Bauernpartei, wählt Deutsche Bauernpartei, wählt Hepp, wählt Febrl! Das wird der Wahrspruch von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten auf dem Lande sein. Die schlauen Bauernfeinde und Bauernbetrüger haben nun in richtiger Erkenntnis der bäuerlichen Unzufriedenheit und Mißtrauensstimmung gegenüber Reichslandbund und Deutsche Bauernschaftsführung die „Christlich-nationale Bauernpartei“ mit dem Reichslandbundspräsidenten Hepp und die „Deutsche Bauernpartei“ mit dem bayerischen Landwirtschaftsminister Prof. Dr. Febrl an der Spitze der werktätigen Bauernschaft als „Bauern-Parteien“ in wohlweislicher Verständigung und Ueberlegung mit den bürgerlichen Parteien präsentiert.



Hepp, DNP. Vorsitzender des Landbundes

Ein kluges Wahlmanöver, ein geschickter Schachzug mit dem Ziel eines heuchlerischen, demagogischen Bauernbetruges, ein politischer Bauernfang! — Über die werktätigen Bauern werden sich am 20. Mai bei der Reichs- und Landtagswahl folgendes befinden:

## Schwarzweißroter Bürgerblock und schwarzrotgoldene Preußenkoalition gegen die Bauernschaft!

Die Rechtsparteien- und Landbündler gegen die Preußen-regierung und ihren Landwirtschaftsminister Stelger als Ab-leitungsmann von der eigenen Schuld und Verantwortung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in allen für die werktätigen Bauern entscheidenden Lebensfragen Reichs- und Preußenregierung sich für die Junker und Agrarkapitalisten und gegen die Bauern entschieden hat. Schon die Erhöhung der Industriezölle 1922 und erst recht die Industriezollerhöhungen der späteren Jahre mit ihrer großen Steigerung der Preise der Industrieprodukte für den Bedarf der bäuerlichen Wirtschaften fanden Unterstützung bei der preußischen Staatsregierung. Auch die landwirtschaftlichen Zölle und Zollerhöhungen der Jahre 1925, 1926 und 1927, die, wie die Bauernnot beweist, den werktätigen Bauern teilsweise Vorteile brachten, wurden gemeinsam von den Agrar- und Industriekapitalisten innerhalb der Regierungsparteien beider Regierungen unter der Devise des „Ausgleichs der Agrarzölle an die hohen Industriezölle“ in der Tat gegen die bäuerlichen Interessen durchgeführt. Beim Abschluß der Handelsverträge der Reichsregierung, der in der Mehrzahl auf der Grundlage des „Schlesischen Zolltarifs“ 1925 unter fast jedesmaliger Zustimmung der Länderregierungen im Reichsrat erfolgte, wird die Großindustrie auf Kosten der Bauernwirtschaften stets überverteilt. Reich und Länder weisern geradezu in der Steuerbelastung der werktätigen Bauern. Duzende Steuerarten peinigten und würgen die Bauernschaft. Vom Reich her lasten Einkommen-, Vermögen-, Umsatz-, Grunderwerbsteuer und Rentenbäumtumlage auf den Bauernwirtschaften. Hinzu kommen die Landes-, Kreis- und Gemeindeabgaben. Mit grenzenloser Brutalität, unter Aufsicht von Justiz und Polizeigewalt tritt der Staatsapparat als Steuerrelaxier gegenüber den werktätigen Bauern in Funktion.

## Warum Verelendung der Bauern auf der Scholle?

Die bäuerliche Wirtschaft befindet sich seit Jahren in trübsamem Zustand. Zehn Jahre Nachkriegszeit — ob unter Links- oder Rechtsregierung — vermochten nicht, eine Besserung der Lage der bäuerlichen Wirtschaften herbeizuführen. Im Gegenteil, in den



Der Gerichtsvollzieher stellt sich bald ein

agrar- und Kleinbäuerlichen Wirtschaften verschlechtert sich die Lage mehr und mehr. Im Reich und in den Ländern wird statt Bauernpolitik kapitalistische Agrarpolitik betrieben.

Die kapitalistischen Regierungen plünderten in den letzten Jahren ebenso die werktätigen Bauernmassen wie die proletarischen und Kleinbürgerlichen Schichten aus.

In der kapitalistischen Industrialisierung und Rationalisierung der Großlandwirtschaft ist der langsame, aber sichere Niedergang der Bauernwirtschaften weiterhin begründet. Die werktätigen Bauernmassen müssen verelenden

unter der zurückbleibenden Leistungsfähigkeit der bäuerlichen Wirtschaften gegenüber den großlandwirtschaftlichen Betrieben,

unter der stetigen Steigerung der Preise für bäuerliche Produktionsmittel, für Haushaltsartikel und Haushaltsbedarf, unter den hohen und immer steigenden Futtermittelpreisen,

unter der Kreditnot, unter Pacht- und Zinswucher der Grundbesitzer und Banken, unter der Preisdiktatur der Truste und Kartelle,

unter wachsendem Bodenhunger, steigenden Bodenpreisen und der Unterbindung der bisherigen geringen Siedlungsmöglichkeiten für den bäuerlichen Nachwuchs,

unter der Nichtbesserung der Lage der Bauern durch Industrie- und Agrarzölle als Mittel zur Austreibung der Bauern durch industrielle Truste, Großhandelskonzerne und Großagrarier,

unter der Nichtaushebung der ungerechten Steuerpolitik.

## Kommunistische Forderungen für die Bauern!

Im Reichstag und in den Länderparlamenten haben die kommunistischen Fraktionen bei den Landwirtschaftsberatungen und bei der Beratung des Notprogramms, neben zahlreichen anderen, Forderungen für die bäuerliche Familienwirtschaft wie folgt erhoben:

1. Befreiung der bäuerlichen Uternahrung von jeder Vermögen-, Nachsch- und Umsatzsteuer und den Rentenbäumtumlage sowie Herabsetzung des steuerfreien Einkommens bei der Einkommensteuer unter Freilassung der mitarbeitenden Familienangehörigen.
2. Verleihung eines ausreichenden Fonds zur Gewährung billiger und langfristiger Staatskredite zwecks Abwicklung drückender Verbindlichkeiten und zur Hergabe von zinslosen Beihilfen.
3. Ueberweisung des bisherigen Pachtlandes, das von Klein- und Parzellenbauern bewirtschaftet wurde, an den bisherigen Pächter zu Bedingungen, die ein rentables Wirtschaften möglich machen.
4. Verbot von Zwangsenteignungen aus bäuerlichem Boden und Inventar auf Grund rückständiger Steuer- und Pachtschulden. Einführung eines Vergleichsverfahrens zur Abwicklung aller jener Verbindlichkeiten, die infolge der allgemeinen Notlage oder besonderer Unglücksfälle eingegangen werden mußten.
5. Schaffung einer einheitlichen Berufsvertretung für das ganze Reich auf Grund des allgemeinen direkten Wahlrechts aller in der Landwirtschaft beschäftigten Männer und Frauen einschließlich der Landarbeiter.
6. Beseitigung der bäuerlichen Familienbetriebe mit den notwendigen Düngemitteln, Maschinen, mit Saatgut, Jungvieh, Obstbäumen u. dergl. unter besonderer Berücksichtigung der jeweiligen Bodenverhältnisse, Verkehrslage und Absatzverhältnisse.
7. Schaffung von Einrichtungen zur Reinigung, Aufbewah-



Der Gerichtsvollzieher stellt sich bald ein

ung, Verarbeitung und zum sachgemäßen Versand bäuerlicher Produkte.

Die Anträge wurden mit der Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt.

## Rettung bringt nur das Bündnis der Arbeiter und Bauern

Die Kommunisten sagen es offen: Der bürgerlich-kapitalistische Staat mit seiner ganzen Macht in den Händen der Kapitalisten und Junker ist der Lobfeind der Bauernschaft, Bauern und Arbeiter sind die gemeinsam Betrogenen und Ausgebeuteten. Daher müssen sich Bauern und Arbeiter vereinen zum Kampf gegen den kapitalistischen Staat, gegen Kriegsgefahr, gegen seine kapitalistische Schutz-, Steuer-, Kredit- und Siedlungspolitik. Die Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten sind die Helfer des Kapitals in seinem Kampf gegen die Werttätigen in Stadt und Land. Die Arbeiter und Bauern werden antworten mit dem revolutionären Kampf um eine Regierung der Arbeiter und schaffenden Bauern.

Werttätige Bauern, schaut nach Sowjetrußland! Dort haben die werttätigen Bauern Schulter an Schulter mit dem Stadtproletariat sich Land und einen wirtschaftlichen Aufstieg erkämpft. Die KPD hat Bauern aus euren Reihen auf ihre Bisten gestellt. Gebt am 20. Mai, dem Wahltag, euren Feinden und Betrüger eure Antwort! Quittiert den Betrug und Verrat! Werdet euch am 20. Mai bewußt, daß die Kommunisten entschieden für eure Interessen kämpfen und kämpfen werden. Werdet euch bewußt auch der Tatsache des großen Sieges der Arbeiter und Bauern Rußlands über die kapitalistischen Ausbeuter und Unterdrücker!

Werttätige Bauern, entscheidet euch für die Bereitschaft zum Kampfbündnis aller Werttätigen!

# Wählt Liste 5 Kommunistische Partei!



Die letzte Kuh aus dem Stall wird geholt



# Total-Ausverkauf

**Herrn-Rindbor-Halbschuhe** in Braun und Schwarz, Paar 7.50  
**Braune Herren-Halbschuhe** mit und ohne Einfaß, etc. gante Ausführung, Paar 12.50, 10.80  
**Herrn-Sadhalbschuhe** Paar 10.50  
**Herrn-Vortalf- und Rindbor-Stiefel** gute Lederausführung, Paar 9.85, 7.95

**Herrn-Rindleder-Schnürstiefel** Paar 6.50  
**Damen-Lederstapfen** in Vogl., Mößchen, etc. elegante u. moderne Ausführung, Paar 9.50, 7.90, 5.75  
**Damen-Sadstapfen** Pa. Sadleder, mod. Ausführung, Paar 12.50, 9.50, 7.90  
**Braun-Dam.-Vogl.-Schnürhalbschuhe** Gr. 36/37, Paar 6.90

**Damen-Nubuttapfen** in schwarz u. farbig, Fobritate Vinkel und Manx, Paar 8.90  
**Damen-Halbschuhe** in Vortalf und Rindbor, Größe 36/37, Paar 4.95  
**Rinder-Lederstiefel** gemendet, Größe 19/22, Paar 2.75, 2.45  
**Pa. Rindl.-Sandalen** 2 mal gebopp., Zwischensohle, durchgenäht, belle Fabrikate, 43/46 5.90, 39/41 5.20, 31/35 4.20, 27/30 3.50

**Schuhhaus Wachtplatz**

**Inhaber: Emil Keller**  
 Friedrich-Wilhelm-Str. 12  
 am Wachtplatz

# KIPKE-BIER seit 1844

**Achtung! Achtung!**

Wir geben unseren werten Mitgliedern von Freiburg (Schl.) und Umgegend bekannt, daß wir ab

**Montag, den 21. Mai 1928**

unsere dritte Spezial-Verteilungsstelle für  
**Textil- u. Schuhwaren**  
 auf unserem Grundstück Wilhelmstraße 1  
**in Freiburg eröffnen!**

Unsere Mitglieder werden dort eine reiche Auswahl in Textil- u. Schuhwaren finden u. bitten wir um regste Unterstützung.

**Allgemeiner Konsumverein**  
 für das niederschlesische Industriegebiet  
 f. m. b. H., Sitz Neu-Salzbrunn  
 DER VORSTAND

Strümpf e. Wäsche, billige Str. d. und Badkleider  
**H. Baudach, Liegnitz**  
 Nikolaitr. 8 Ecke Sedanstraße

**Fleisch- und Wurstwaren-Fabrik**  
**Gerhard Hentschel**  
 Lauban i. Schl. Telefon 233  
**Frühstückstube**

Allen voran das  
**MIFA-RAD**  
 für Sport, Beruf u. Erholung zu günst. Zahlungsbeding.  
**MIFA-Fabrik-Verkaufsstelle**  
**Liegnitz, Jauerstr. 5**  
 A. und K. Nitschke

**Nähmaschinen**  
**Fahrräder**

Reparaturen — Zahlungserleichterungen  
**Jul. Dressler & Co.**  
 Görlitz, Elisabethstraße 39

**Bevor Sie Möbel kaufen**  
 besichtigen

Sie meine Ausstellung mod. Möbel in 4 Schaufenstern u. 4 Stockwerken übersichtlich zimmerweise aufgestellt  
 Speisezimmer ↔ Herrenzimmer  
 Wohnzimmer ↔ Schlafzimmer  
**Kücheneinrichtungen**  
 Chaiselongues, Stoff-u. Plüschsofas  
 Leder-Klubgarnituren, Klubsessel  
 Korbsessel 9.50, Peddigsessel 18 M.  
 Liegestühle 5.50 M., Klappstühle 2 M.  
**Besonders billiges Angebot:**

**Linoleumteppiche**  
**Linoleumläufer-Reste**  
 Stragula u. Balahun  
**Der billige Bodenbelag!**

**Haltbare Zimmerteppiche**  
 150 x 200 165 x 235 200 x 300  
 11 M. 18 M. 24 M.

**Gartengarnitur, weiß lack., 45.-M.**  
 1 Bank, 2 Sessel, 1 Tisch  
**Hartholz-Gartenmöbel, naturlack,**  
 Bank 9.50, Sessel 6.50, Tisch 12 M.  
**Holzklinderbetten, weiß lack., 36 M.**  
**Stahlrohrbett, weiß email., v. 24 M. an**  
**Metallklinderbetten, weiß . . . 22 M.**  
**Chaiselonguebett, klappbar. 19 M.**

**Restbestände in Gartenmöbeln u. Metallbetten zu herabgesetzten Preisen**

**A. Grütz**  
**Görlitz, Berliner Straße 42**  
**Möbel-Versandhaus**  
 Zeichnungen sende bereitwilligst!  
 Versand m. eig. Möbelauto überall hin

BESUCHT DIE AUSSTELLUNG

**Die Geschlechtskrankheiten**  
**und ihre Bekämpfung**

am 16.-30. Mai / Annenkapelle  
 Ärztliche Führungen und Vorträge

Geöffnet 10—20 Uhr

Veranstalter:

Magistrat/Gesundheitsamt/ in Gemeinschaft mit der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Ortsgruppe Görlitz u. dem Deutschen Hygiene-Museum

ANNENKAPELLE

**Ausflugsort**  
**Wiesennühle**  
**Blumenau**  
 Neben Sonntag  
**TANZ**  
 ff. Jazz  
 Anfang 5 Uhr  
 Größter Parletttsaal  
 der Umgegend

**Genossen**  
 werbt für  
**Gure Presse!**



**Enorme Auswahl!**  
 10 bis 20 Mark Anzahlung  
 12 bis 20 Mark Abzahlung  
 Keine Zinsenberechnung!  
**Franz Birke**  
 Dittersbach, Haltestelle Zoll

**Amtliche Bekanntmachung**  
**von Dittersbach**

In Abänderung mein. Bekanntmachung vom 12. d. Mts. ist die Wahlzeit für den Bezirk 8, Ortsteil Aithain, durch Verfügung des Herrn Landrats v. 14. d. M. auf die Zeit von 10 bis 17 (5) Uhr festgesetzt worden.

Dittersbach, den 18. Mai 1928.  
 Der Gemeindevorsteher.  
 Hoefler.

**Hirichberg i. Rigg.**

Geöffnet ist Sonntag, den 20. Mai die  
**Adler-Apothek**  
 Langstraße 21  
 Diese versteht bis Sonnabend, den 26. Mai, früh, den Nachdienst

**Frei-, Luft- u. Sonnenbad Dittersbach**  
 ist ab heute geöffnet. Badezeit 8-20 Uhr

**E. Pohoriles, Hindenburg OS.**  
 Kronprinzenstraße 105  
**Kindergarten**  
 — Teil zahlung gesat! —  
**Herrn-Stoffe**  
 Große Auswahl Billige Preise!

# Bobrowsky & Zellner

Gleiwitz, Ring 22

Filiale: Cosel O.S., Ring

**Entwurf und Ausführung**

für **Wandtapeten, Modenwaren, Tücher, Kleidungsstoffe, Gardinenstoffe, Gardinen, Linnen und Baumwollwaren am Platz**

**Spezialität Brautausstattungen Spezialität**



# Der Wahlkampf

(Sonderbeilage Nr. 7)



## Sollen die siegen? Nein, wählt Liste 5!

### Sozialdemokratische Zeitung sagt: „Koalition unentrinnbar!“

Was ist das praktische Ziel dieses schamlosen Wahlkampfes? Hören wir, was der Sozialdemokrat Fritz Wieligk in der sozialdemokratischen Chemnitzer „Volkstimme“ am 10. April 1928 darüber schrieb:

„Die Sozialdemokratische Partei hat in den letzten Wochen unter einer Offensive der Genossen mit ungebrochener Koalitionsgesinnung gekämpft. Es ist eine Stimmung in der Partei erzeugt worden, die sich etwa so kennzeichnen läßt:

1. Alles Unheil kommt von den Deutschnationalen (Wels führte sie in seiner Reichstagsrede sogar als Ursache für den angeblichen Stillstand in der deutschen Außenpolitik an).
2. Unter allen Umständen verhindern, daß die Deutschnationalen wieder in die Regierung kommen.
3. Wir sind — wie immer — natürlich bereit, mit in die Regierung einzutreten.
4. Da wir mit verstärkter Fraktion in den Reichstag einziehen werden, steht eine Koalitionsregierung mit 99 Prozent Wahrscheinlichkeit bevor.
5. Natürlich ohne Deutschnationale; Weimarer oder „Große“ Koalition ist unwesentlich.“

So schilderte kein Kommunist, sondern ein namhafter Sozialdemokrat seine eigene Partei. Und er krönt diese Schilderung folgendermaßen:

„Die Stimmung ist planmäßig geschürt worden: Vor der SPD steht nach den Wahlen unentrinnbar die Koalition!“

Es ist also keine „kommunistische Uebertreibung“, sondern eine trübselige Tatsache, die von sozialdemokratischer Seite bestätigt wird, daß die SPD. nach der Wahl „Koalitionspolitik um jeden Preis“ betreiben will. Was bedeutet das aber für den Arbeiterwähler?

Nun, jeder Arbeiter, Angestellter, Beamte kann es sich an den fünf Fingern abzählen:

Wer sozialdemokratisch wählt, der stimmt zugleich dafür, daß die Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten in die Regierung kommen!

Kein Arbeiter wird diese einfache Tatsache am 20. Mai außer acht lassen können!

### Fünf Wahlgebote!

1. Jeder Klassenbewußte stellt sich morgen Sonntag der SPD. als Wahlhelfer zur Verfügung.
2. Die Parteileitungen nehmen sofort, falls noch nicht geschehen, eine Einteilung der Helfer auf die einzelnen Wahllokale vor. (Sammellisten, Wahlsondmarken, Zeitungen mitgeben!)
3. Holt überall die säumigen Proleten an die Wahlurne.
4. Melbet sofort alle Vorfälle bei der Wahl (Beeinflussung, Zusammenstöße usw.) an die Zentralbüros. Diese sind für Schlesien: Breslau, Feldstraße 50 (Telephon: Breslau 57 007), für Oberschlesien: Gleiwitz, Wilhelmstraße 26 (Telephon: Gleiwitz 4085).
5. Melbet Wahlergebnisse. Die „Arbeiter-Zeitung“ (Verlag und Redaktion) ist zu erreichen unter Breslau 56 039. (Die Pewag-Nummer ist am Sonntag nicht zu erreichen.)

### Einheitsfront des Königin-Luise-Bundes und der Frauengruppe der SPD.

Die Wanderredner der Sozialdemokraten können nicht laut genug in ihren Wahlversammlungen von einem „Hand-in-Hand-gehen der Kommunisten mit den Deutschnationalen“ schreien. Dieses Geschwätz wird allerdings von keinem Klassenbewußten Arbeiter ernst genommen, weil jeder Prolet die SPD. als revolutionäre Arbeiterpartei kennt. Wie steht es aber mit der SPD.?

Vor einigen Tagen schon hatten wir Gelegenheit, auf die merkwürdige Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten hinzuweisen, die in Soest zustande gekommen war, und die dem nationalkristlichen „Auslandsdeutschtum“ Rummel diene. Heute sind wir in der Lage, auf eine ähnliche Erscheinung in aller nächster Nähe, in Goldberg, hinzuweisen. In der sozialdemokratischen (1) „Goldberg-Dahnauer Volkszeitung“ erschien folgendes Inserat:

Untersignierte Vereine erlauben sich, ihre wertigen Mitglieder zu der am Mittwoch, dem 9. Mai, 20 Uhr, im „Hotel drei Berge“ stattfindenden Filmvorführung:

„Ein Gang durch die Maggi-Gutswirtschaft und die Maggiwerke in Zingen am Hohentwiel“

ergebenst einzuladen. Anschließend: Gratis-Kostprobe. Bitte Trinkgefäße mitbringen.

Eintritt frei! Gäste willkommen!

Ein unterhaltender und interessanter Abend wird in Aussicht gestellt.

Frauengruppe der SPD.  
Königin-Luise-Bund.  
Katholischer Frauenbund.  
Vaterländischer Frauenverein vom Roten Kreuz.  
Evangelische Frauenhilfe.

Eine feine Arbeitsgemeinschaft! Während die SPD. angeblich den „entscheidenden Kampf gegen den Bürgerblut“ führt, setzt sich ihre Frauengruppe mit den Nationalisten und Frömmelern zusammen und trinkt gemeinsam mit ihnen die Maggi-Gratiskostprobe. — Scheinbar auch ein „Weg zum Sozialismus“.



Am Tage nach der Wahl  
(Zentrum, Sozialdemokraten und Industrieller Arm in Arm.)

### Warum Kommunisten?

Den verstockten Bürgerkrieg wollen wir führen zur offenen Revolution und Sturz der Bourgeoisie.

Klassenkampf ist das Kennzeichen eines jeden Proletariats. Der Fahnenträger des proletarischen Klassenkampfes ist die kommunistische Partei Deutschlands.

Siebenfundentag im Lande der Diktatur des Proletariats. „Elastischer Achtstundentag“ im Reich der Hindenburgs. Daher wählen die Betriebe die Verteidiger der Diktatur des Proletariats, die Kommunisten.

Die Fahne der Revolution ist Rot! Das ist die Fahne des Proletariats. Daher stimmt das Proletariat am 20. Mai für diese Fahne.

Den bürgerlichen Staat durch den proletarischen abzulösen, ist ohne gewalttätige Revolution nicht möglich. Daher stimmt das Proletariat am 20. Mai für die Partei der Revolution, für die kommunistische Partei Deutschlands,

für die Liste 5

## Marx Hoelz ruft: „Wählt Liste 5“

Seine Antwort auf die Schuftigkeit der sozialdemokratischen Wahl-Bombenspekulation

Aus dem Zuchthaus Sonnenburg, in dem Genosse Marx Hoelz als Opfer der sozialdemokratischen Amnestiebetrügerei sitzt, sendet er uns folgenden flammenden Protest gegen die erbärmliche Wahl-Bombenspekulation der SPD., die wir gestern entlarvten und brandmarkten:

„Soeben erfahre ich, daß ich das Opfer eines künftigen Subjektes geworden bin. Der frühere Bezirksleiter der SPD. in Frankfurt a. M. hat einen vertraulichen Brief von mir an die Partei verkauft, deren Führer mit allen Mitteln (Ebert-Sondergerichte, für 50 000 RM. Kaufpreis, einmündiger Zeugen durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter u. a.) dafür gesorgt haben, daß neben mir Tausende der besten des deutschen Proletariats in die Kerker der Republik geworfen wurden. Mein Brief, der jetzt als Wahlbombe gegen meine Partei, die SPD., ausgenutzt wird, war geschrieben in einer Situation, wo durch die gerichtliche Verschleppung des Wiederaufnahmeverfahrens und durch den Amnestiebetrug der SPD. nicht nur ich ungeheuer erregt und erbittert war, sondern auch alle anderen proletarischen politischen Gefangenen. Aus allen meinen Erfahrungen der letzten acht Jahre ist mir klar, daß nur die SPD. und die KPD. die Interessen der politischen Gefangenen vertreten und ununterbrochen für unsere Freilassung kämpfen.“

Eine größere Schuftigkeit und Gemeinheit kann ich mir nicht denken, als daß die SPD., genau wie bei der Wahl 1924, so auch diesmal, die Opfer ihrer verräterischen Politik zu unehrlichen Wahlzwecken mißbraucht. Die Werktätigen werden auch diese neueste erbärmliche Schurkerlei gebührend beantworten, indem sie jetzt rechtzeitig für die kommunistische Partei eintreten und die Liste 5 wählen.

Sonnenburg (Zuchthaus), den 16. Mai 1928.  
Marx Hoelz.“

Die SPD. hat sich ihren niederträchtigen „Wahl-Schlager“ für den 20. Mai ausgespart.

Wir stellen vor den sozialdemokratischen Arbeitern fest, daß wir mit Recht diesen Grad der politischen Entartung der SPD. rechtzeitig signalisieren.

Und wir sind gewiß, die sozialdemokratischen Arbeiter werden auch auf diese Schufterei der Stämpfer und Konfanten gegen das Opfer ihres Amnestiebetrugs am 20. Mai im Sinne von Marx Hoelz zu antworten wissen!

### Achtung! Achtung!

Alle Ortsgruppen, Zellengruppen, Stadtteile — alle! Am Wahltag — nach Abschluß der Wahl — muß sofort Bericht erstattet werden! Wie bei den letzten Wahlen im Jahre 1924, so sind auch diesmal Fragebogen an die Ortsgruppen verjant worden! Diese Fragebogen müssen noch am 20. Mai abends von allen Leitungen ausgefüllt und zur Post gegeben werden! Am 21. Mai müssen die Fragebogen aller Ortsgruppen bei uns eingegangen sein!

Zentralkomitee der SPD.  
(Sektion: Komm. Internationale)



# Eine Million Wohnungen zu wenig in Deutschland

## Die Sprache der Zahlen

Im zehnten Jahre der deutschen Republik schreit Wohnungsnot und Wohnungselend zum Himmel. Nach der Reichswohnungsabzählung vom 16. Mai 1927 waren in den von der Zählung erfaßten 8052 Gemeinden mit 42,8 Millionen Einwohnern nicht weniger als 680 368 Haushaltungen in fremden Wohnungen untergebracht. Daneben lebten weitere 243 344 Familien in fremden Haushaltungen. Insgesamt waren also 923 712 Familien oder 4,2 Prozent aller gezählten Familien ohne eigene Wohnung. In diese Zahl nicht einbezogen ist die Zahl der wohnungslosen Familien, die in den rund 55 000 nicht von der Zählung erfaßten Gemeinden enthalten ist. Ihre Zahl wird amtlich auf 50 000 bis 100 000 geschätzt.



In dieser Höhle wohnen Menschen in Deutschland

Im ganzen Reich gibt es also, selbst bei Zugrundelegung der günstig gefärbten amtlichen Angaben, rund 1 Million wohnungslose Familien. Das preussische Statistische Landesamt spricht von einem Fehlbetrag von 1 340 000 bis 1 700 000 Wohnungen in Deutschland.

Diese trockenen Zahlen enthalten die Tragödien der jungverheirateten Proletarier, die jahrelang in irgendeiner Stube bei Verwandten oder sonst in einer Schlafstelle kampieren müssen. Die Zahlen erzählen von den Familien mit Kindern, die kein eigenes Heim, keinen eigenen Hausstand haben können. Diese Zahlen machen die aufregenden Zeitungsmeldungen verständlich, wenn man liest, daß eine in die Verzweiflung getriebene Familie im grünen Wagen wie die Fregener haut oder draußen vor der Stadt an einer Schuttablagerungsstelle sich eine Wohnhöhle gebaut hat. Am größten ist die Not in den Großstädten; fast eine halbe Million Familien ohne eigene Wohnung entfällt auf die Industriestädte, wo die großen Massen der Ausgebeuteten zusammengeballt sind.

Für ein Wohnungsneubauprogramm, das sich zum Ziele hat, in zehn Jahren die heutige Wohnungsnot nicht zu beheben oder wenigstens auf das Vorkriegsniveau zurückzuführen, müßte folgender Bedarf zugrunde liegen:

1. Wohnungslose Haushaltungen am 16. Mai 1927	1 000 000
2. Laufender Neubedarf jährlich	2 000 000
3. Abbruchreife Wohnungen von 1914 bis 1927	2 400 000
4. Notwendiger Jahresabbruch je 30 000	300 000
Gesamtbedarf bis 1937	
	3 640 000

Es müßten also jährlich mindestens 364 000 Wohnungen neu hergestellt werden. Der Neubau von Wohnungen kommt aber lange nicht den Bedürfnissen nach, vor allem hilft gerade denjenigen nicht, die am meisten unter der Wohnungsnot leiden, d. h. den wertlosen Massen. In der Großstadt Berlin kann man gegen Scontenzunahme von 700 bis 800 Mark pro Zimmer 1 1/2 Zimmerwohnungen für 75 Mark Wohnungsmiete im Monat in Hülle und Fülle bekommen. Was hilft dieser Wohnungsneubau den Arbeitern und dem unteren Mittelstand? Die müssen sich noch mehr zusammenquecken in den Mietsknechten, während die Stadt durch ihre Neubauten prunkt.

## Der „Mieterschutz“

Seit Anfang 1924 haben die Reichsregierung und die Landesregierungen mit Hilfe ihrer parlamentarischen Mehrheiten im Reichstag und den Landtagen den Mieterschutz planmäßig abgebaut. Trotz und wegen der bestehenden Gesetze öffneten doch das Mieterschutzgesetz, das Mietengesetz und das Wohnungsmietengesetz selbst Tür und Tor für Verschlechterungen. Von

vorherhin waren alle Neubauwohnungen aus dem Gesetze herausgenommen. Da waren nebst anderen vor allem die beschriebenen Paragraphen, die den Landesregierungen freie Hand zur Durchbrechung des Mieterschutzes gaben und die Landesregierungen samt den sozialdemokratischen Koalitionsregierungen haben davon ausgiebigen Gebrauch gemacht. Ueberhaupt waren diese Gesetze so angelegt, daß sie von wirklich sozialen Gesetzen weit entfernt waren. Das drückte sich darin aus, daß von einer Staffelung der Mieten nach Verhältnissen keine Rede war, daß die Kündigungsarrände (wegen Mietrückstandes, Belästigung des Vermieters, Eigenbedarf des Hausbesizers) maßloshaft Ermittlungen zur Folge hatten, daß die Neubauwohnungen aus dem Mieterschutz herausgenommen waren usw.

Mieterschutz- und Mietengesetz waren wohlwollend nur bis 1. Juli 1926 befristet. Die Erneuerung dieser Gesetze benutzte Reichsregierung, bürgerliche Parteien gemeinsam mit SPD zu ihrer weiteren Durchlöcherung: Verkürzung der Frist für Räumungsklagen auf einen Monat bei rückständiger Miete; fast vollständige Beseitigung des Rechtes auf angemessenen, ja ausreichenden Ersatzraum; Schlußmachung der Untermieter; „Verletzung“ der durch Teilung bestehender Wohnungen neuerstehenden Wohnungen von der gesetzlichen Miete; Erweiterung der Vollmachten der obersten Landesbehörden zum Abbau des Mieterschutzes.

Mieterschutz- und Mietengesetz wurden wiederum nur um ein Jahr verlängert, das der Reichsregierung die Möglichkeit gab, in der letzten Wahlperiode noch weitere Schläge gegen die Mieter zu führen. Der Mieterschutz wurde nur verlängert, um den Hausbesitzern wieder das unmittelbare Kündigungsrecht bei 14tägiger Einspruchsfrist für die Mieter einzuräumen. Das ist der Anfang vom Ende des Mieterschutzes überhaupt.

Der Reichstag hat trotz der Protestaktion der SPD und auch der Mieterorganisationen die Mieten systematisch gesteigert, bis sie zum 1. Oktober 1927 120 Prozent der Friedensmieten bezogen.

Wie die Reichsregierungen, so die Landesregierungen. Praktisch gab es eine Einheitsfront von den Deutschen Nationalen bis zur SPD. Die preussische Koalitionsregierung, Braun und Genossen, war beispielgebend. Das Jahr 1927 war das goldene Jahr der Hirtsperei in allen Ländern. Vor allem wurde der Mieterschutz für die Mieter von Gewerbetreibenden beseitigt, was Massenentlassungen, ungeheure Mietsteigerungen, Bankrotte und eine allgemeine Verteuerung der Warenpreise zur Folge hatte. Es wurden ferner die Großwohnungen aus dem Wohnungsmietengesetz herausgenommen, was die Erfassung überzähliger Wohnräume in der Tat auf ein Nichts reduzierte. Es wurden weiter durch Teilung entstehende kleinere Wohnungen gleichfalls dem Mieterschutz entzogen, also auch den heillosen Wohnungsbedürftigen. Es wurde endlich das Wohnungsmietengesetz für das flache Land und für Kleinstädte überhaupt aufgehoben, als gäbe es dort keine Wohnungsnot.

## Mietwucher

Kuhnticker der Mietspiegelungen und der Wohnungsnot sind die Hausbesitzer und der kapitalistische Staat.

Die Hausbesitzer haben in der Inflationszeit Milliardengewinne einheimet, weil sie die Goldhypotheken mit Papiermark abzählten und so die kleinen Sparrer betrogen. Das genügte ihnen nicht und so erreichten sie, daß ihnen heute ihre Häuser wie logar im „Berliner Lokalanzeiger“ zu leihen war, einen ebenso hohen, ja sogar einen bedeutend höheren Betrag abzurufen als 1914. So danken sie vor allem den Landesregierungen. Was ihnen unter den Titeln der Verwaltungs-, Betriebs-, laufenden Instandsetzungs- und großen Instandsetzungsarbeiten zugehört wird, übersteigt jedes Maß. In der Vorkriegszeit betrugen all diese Kosten zusammen höchstens 20 Prozent, heute erhalten sie 50 Prozent und mehr der Friedensmiete für diese Zwecke. Und trotzdem haben die bürgerlichen Parteien die Stimme, für die „armen Hauswirte“ einzutreten.

Den zweitgrößten Anteil an der Miete verspielt der kapitalistische Staat in Form der Hauszinssteuer (Mietzinssteuer). Eine wahre Kaufsteuer! Wer z. B. in Preußen im Monat 48 Mark an Gesamtmiere zahlt, zahlt davon 22 Mark an Hauszinssteuer (ein netter Prozentsatz seines Einkommens, wovon auch den Hausbesitzern fette Bissen entfallen). Und wofür wird diese Milliardensteuer verwendet? Zum überwiegenden Teil für die Erhaltung des kapitalistischen Gewaltapparates, für Polizei, Justiz usw., auch für die Kirche und für die Fürstenabfindung. Nur der kleinere Teil wird in Form von Zuschüssen und verbilligten Hypotheken dem Wohnungsbau gewidmet. Auch davon haben die heillosen Wohnungsbedürftigen keinen Nutzen.

## Die Stellung der Parteien

Angesichts des grauenhaften Wohnungselends läßt sich die Schuld der bürgerlichen Parteien voll ermahnen. Allen voran sind es die Deutschen Nationalen und die Wirtschaftspartei, die richtiger Hausbesitzerpartei heißen müßte, die in der Wohnungsfrage die Mieter preisgegeben hat. Ihnen machen das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und auch die Demokraten beim Abbau der sogenannten Wohnungswangswirtschaft den Rücken freitrag. Ihr Programm ist, allen ihren Redensarten zum Trotz, die Beseitigung auch der Reste des Mieterschutzes und die weitere Steigerung der Mieten. Dabei sind die Ministerialen Brauns und Hirtsperei die eifrigsten Wohlfahrtsminister des Hausbesitzes.

Und die Sozialdemokratie? Sie treibt ein schändliches Doppelspiel. Sie schlägt im Reichstag grobe Töne an, heult nach einem „sozialen“ Miet- und Wohnrecht. Aber in der Praxis hat sie vor allem durch die Koalitionsregierungen in Preußen und in den anderen Ländern an der Zertrümmerung des Mieterschutzes kräftig mitgearbeitet. Sie trägt dafür vor den wertlosen Massen die Verantwortung.

Die SPD hat im Sommer 1926 im Reichstag für die einschneidenden Verschlechterungen des Mieterschutzgesetzes und des Mietengesetzes gestimmt.

Die SPD hat in der Regierung und im Landtag Hirtsperei geduldet, als die Kommunisten einen Mißtrauensantrag gegen diesen Minister des Hauskapitals einbrachten. Die SPD ist die



Neubauten, die für den Arbeiter unerschwinglich sind

Vorkämpferin der blutigen Hauszinssteuer. Sie lehnt in den Gemeinden Anträge der Kommunisten auf großzügigen kommunalen Wohnungsbau zusammen mit den Bürgerlichen ab und züchtet so den privaten Miet- und Hauswucher. Die SPD hilft praktisch auch dort den Bürgerlichen, wo sie eine laute Opposition gegen sie spielt.

## Nur die Kommunisten werden helfen

Die Kommunistische Partei ist die einzige Partei, die konsequent und systematisch für die Forderungen des Proletariats kämpft. Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte als einzige die Anträge ein, zur Linderung der Wohnungsnot.

Die kommunistische Partei allein hat seit jeher den schärfsten Kampf gegen den Abbau des Mieterschutzes, gegen die Hauszinssteuer, gegen die Mietsteigerungen geführt. Sie hat im Reichstag einen Begehren zur wirksamen Bekämpfung des Mietwuchers und zur Beseitigung der Wohnungsnot eingebracht, wurde aber von allen übrigen Parteien niedergestimmt. Sie hat in den Landtagen und im Reichstag gefordert, daß die Hauszinssteuer, so lange sie besteht, voll und ganz für den gemeinnützigen Wohnungsbau verwendet wird, wurde aber von allen Parteien niedergestimmt. Sie hat in den Gemeinden großzügige Wohnungsbauprogramme auf kommunaler und nicht privatkapitalistischer Grundlage vorgeschlagen, wurde aber von allen Parteien niedergestimmt.

Unsere Gegner weisen gewöhnlich bei der Frage der Wohnungsnot auf Sowjetrußland hin, wo die Wohnungsnot angeblich noch größer ist als in Deutschland. Ueber die Wohnungsnot in Moskau, das erst nach der Revolution zur Hauptstadt geworden ist und um 1 Million Einwohner gewachsen ist, wurde viel geschrieben. Die Sowjetmacht hat sofort nach der Beendigung des Bürgerkrieges einen großzügigen Neubauplan entworfen und ist an dessen Realisierung geschritten. Wenn in Moskau jetzt ganze Straßenzüge mit 2- und 3-Zimmerwohnungen neu entstehen, so sind diese Neubauten nicht für die Bourgeoisie, sondern für die Arbeiter bestimmt. Die Mieten sind gestiegen, die Arbeiter zahlen je nach ihrem Einkommen. Die Erwerbslosen zahlen eine Miete, die nicht in Mark, sondern in Rente zu berechnen ist.

Jeder Wohnungsuchende, der für bessere Zustände in Deutschland kämpfen will, wählt am 20. Mai Kommunisten.

**wählt Liste 5!**



So wohnen Arbeiter



Das Berliner Palais Kaiser Wilhelm I. serviert für „Kaiserin“ Hermine



## Aufgepaßt!

Halt! Stopp! — Sonst vergiftet:  
Am 20. Mai die 5. Liste!  
Am Pfingsten dann, gleich hinterher  
Der Aufmarsch folgt vom Roten Heer!

Als erstes Ziel, erst „a“, dann „b“.  
Am 20. Mai (11 Uhr) SPD!  
Als zweites Ziel im Monat Mai:  
Beim Pfingsttreffen sei mit dabei!

Zwei Dinge gibt es noch zu tun.  
Vorher darfst Du nicht aus Dich ruh'n:  
Eins: Wahlarbeit für SPD!  
Zwei: Reichstreffen des RFB!

Wutgeheul ist an der Feind,  
Ist die Million: „ont auf „Fku“ vereint.  
Doch sein Geheul wird zum Geschrei,  
Ist jeder „Pfingsten“ auch dabei!

## An alle Ortsgruppen der Gaue Schlesien und Oberschlesien An alle Kameraden des RFB.

Der Wahlkampf hat seinen Höhepunkt erreicht. Alle Kräfte arbeiten an einem Erfolg der Liste 5 der Kommunistischen Partei, der einzigen revolutionären Arbeiterpartei Deutschlands. Der Wahltag am 20. Mai muß und wird zu einem gewaltigen Bekenntnis der Massen zum Klassenkampf, zur Revolution, für die Sowjetunion werden.

Hand in Hand mit den Wahlarbeiten rüstet der Rote Frontkämpferbund zu seinem 4. Reichstreffen in Berlin am 27. und 28. Mai. Der Aufmarsch in Berlin wird eine gewaltige Verstärkung, ein erneutes Bekenntnis der Massen für unsere Ideen werden. Unsere Kämpfe und Siege werden nicht auf den glatten Böden der Parlamente, sondern durch den Druck und die Massenaaktionen des Proletariats außerhalb der Parlamente erfochten. Die deutsche Bourgeoisie hat ihre Versuche, den RFB zu verbieten und zu unterdrücken, noch nicht aufgegeben. Der Lorenzenrat des Reichsgerichts hat den Weg gezeigt, den man beschreiten wird. Die kommende Regierung, mag sie eine Bürgerblockregierung, mag sie eine Koalitionsregierung sein, wird diesen Weg rücksichtslos beschreiten, wenn die Massen diese Versuche nicht zurückweisen. Der Aufmarsch in Berlin wird eine Massenunterstützung gegen diese Absichten sein.

Noch haben unsere Ortsgruppen und Kameraden nicht das Letzte getan, um die Massen zum 4. Reichstreffen in Berlin zu mobilisieren. Uns stehen nicht die gewaltigen Mittel des Stahlhelms und der anderen faschistischen Verbände zur Verfügung. Unsere Aufmärsche müssen aus eigener Kraft aufgebracht werden. Um so größer ist die Aufgabe für jeden einzelnen Kameraden. Der letzte Mann und der letzte Pfennig muß mobil gemacht werden. Die wenigen Tage bis zum Reichstreffen müssen ausgenutzt werden. Am Wahltag beginnt die Massenmobilisierung für das 4. Reichstreffen. Jede Stunde muß damit

ausgefüllt werden. Unsere Organisation hat bewiesen, was sie zu leisten vermag, wenn sie alle Kräfte anspannt. Auch jetzt gilt die Parole:

**Generalmobilisierung der Roten Klassenfront!  
Die Rote Front marschiert zu ihrer Heereschau!  
Kameraden! Seid euch bewußt, daß in dieser Situation**



## Kamerad, wo ruft die Pflicht?

Du mußt  
Wahlhilfe für die Kommunistische Partei leisten!  
Du mußt  
der Kommunistischen Partei am 20. Mai Deine Stimme geben!  
Du mußt  
Dich in die Rote Front einreihen!  
Du mußt  
Pfingsten mit ihr nach Berlin marschieren!  
Du mußt  
es, weil Deine Interessen es erfordern!

nicht nur die deutsche Arbeiterschaft, sondern die Arbeiterschaft der Welt auf euch schaut. Seid euch bewußt, daß 120 Millionen Arbeiter und Bauern der Sowjetunion auf euch schauen werden. Seid euch bewußt, daß die internationale Bourgeoisie an unserm Aufmarsch in Berlin feststellen wird, wie stark die Rote Front gewachsen ist. Zeigt durch euren Massenaufmarsch, daß das deutsche Proletariat und sein Vortrupp, die Kommunistische Partei, seine Wehrorganisation, der Rote Frontkämpferbund, marschieren. Die Sturmtruppen herunter! Vorwärts! Marsch! Heraus zum 4. Reichstreffen in Berlin!

Am 20. Mai Wahlen in Deutschland!  
Am 27. und 28. Mai Roter Massenaufmarsch in Berlin!

Gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes!  
Gegen Bürgerblock und Koalition!

Für ein Arbeiter- und Bauern-Deutschland!  
Für die Sowjetunion!  
Für die proletarische Revolution!

Gausführungen des RFB. Schlesien und OS.

## „Mein Vaterland muß größer sein“

Die Kriegsparole des Sozialdemokraten Osterroth. Derjenige, der in diesem Wahlkampf gegen den Genossen Sobotta die unverschämtesten persönlichen Anschuldigungen erhebt, Nikolaus Osterroth von der SPD. Ist es, der das Bild veröffentlicht ließ, auf dem der Genosse Sobotta als Wachmeister im Kriege dargestellt wird. Dieser Wutrede, der dem Genossen Sobotta den Vorwurf des Verrats und des Verrates machen will, weil er als Arbeiter die niedrige Charge eines Wachmeisters im Kriege bekleidete, war während des Krieges selbst der allerschlimmste und gefürchtetste Kunekionist. Nicht einmal an der Front, sondern genau so wie die deutschnationalen Maulaufreißer in der Heimat.

Dieser Tage landete ein Arbeiter aus Gladbeck, der mit Osterroth zusammen vor dem Kriege in der SPD war, dem „Ruhr-Echo“ einen längeren Brief über die Rolle des Nikolaus Osterroth während des Völkermordes zu. Aus diesem Brief entnahmen wir folgende bezeichnende Stelle:

„Nikolaus Osterroth hatte im Juli 1914 noch so gegen den Krieg gesprochen und ein paar Tage später sang er „Deutschland, Deutschland über alles“. Aus dem internationalen Sozialdemokraten wurde ein Anexionist. „Mein Vaterland muß größer sein“ war seine Parole. Wenn man auf sein Büro kam, war man der Meinung, im Großen Hauptquartier zu sein. An der Wand hing eine große Europa-Karte, auf welcher Nikolaus am Siegen war. Sobald die Presse von einem neuen Siege schrieb, nahm Nikolaus die Schere zur Hand und schnitt den eroberten Teil von Belgien, Frankreich oder Rußland ab und klebte ihn an sein Vaterland an. Wie stolz und begeistert er das tat, ist gar nicht zu beschreiben.“

Das genügt; diese Imperialisten mögen von den Deutschnationalen gewählt werden. — Die Arbeiter wählen Kommunisten!

## Der Krieg Japans gegen China

Wo bleibt der Völkerbund? Wo bleibt der Friedensengel Stresemann, und wo bleiben die sozialdemokratischen Führer?

Von Walter Stöcker

Während wir Kommunisten stets behauptet haben, daß der Völkerbund nur ein Werkzeug der imperialistischen Machtpolitik der kapitalistischen Mächte sei, haben die sozialdemokratischen Führer den Völkerbund als ein Friedensinstrument gepriesen und beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erklärt, nunmehr beginne eine Friedensära, nunmehr herrsche das Völkerrecht.

Es ist nützlich, daß sich dieser sozialdemokratische Schwindel gerade jetzt im Wahlkampf deutlicher als sonst aufzeigen läßt. Wieder stehen wir in der so kriegsschwangeren kapitalistischen Welt vor einem neuen Kriegskonflikt. Um ökonomischer Machtinteressen willen führt der japanische Imperialismus einen blutigen Kampf gegen das chinesische Volk. Der japanische Kapitalismus entsendet ein Expeditionsheer von 40 000 schwerbewaffneten Soldaten mit schwerer Artillerie, Tanks, Flugzeugen und zahlreichen Kriegsschiffen nach China, besetzt die wirtschaftlich äußerst wertvolle Provinz Schantung mit einer Million Bevölkerung, erobert das Land, schießt Tausende von chinesischen Soldaten und Zivilisten nieder und verlangt dann auch noch, daß sich die Chinesen entschuldigen, weil dabei auch japanische Soldaten ums Leben gekommen sind.

Die südjapanische Regierung hat gegen diesen imperialistischen Kriegsangriff den Völkerbund angerufen und auf Grund des Artikels 11, Absatz 2 des Völkerbundsstatutes die sofortige Einberufung des Völkerbundsrates gefordert. In der Note wird erklärt, daß durch den japanischen Angriff „die territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit Chinas in rücksichtsloser Weise verletzt worden ist und der Friede von Japan bedroht ist“.

Der von der südjapanischen Regierung in Anspruch genommene Artikel 11 des Völkerbundsstatutes hat folgenden Wortlaut: „Ausdrücklich wird hiermit festgestellt, daß jeder Krieg und jede Bedrohung mit Krieg, mag davon unmittelbar ein Bundesmitglied betroffen werden oder nicht, eine Angelegenheit des ganzen Bundes ist, und daß dieser die zum wirksamen Schutz des Völkerfriedens geeigneten Maßnahmen zu ergreifen hat. Tritt ein solcher Fall ein, so beruft der Generalsekretär unverzüglich auf Antrag irgendeines Bundesmitgliedes den Rat, Es wird weiter festgestellt, daß jedes Bundesmitglied das Recht hat, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung und des Rates auf jeden Umstand zu lenken, der von Einfluß auf die internationalen Beziehungen

sein kann und daher den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen, von dem der Friede abhängt, zu stören droht.“

Wäre der Völkerbund wirklich ein Friedensinstrument, so hätte auf Grund dieses Artikels und der chinesischen Protestnote sofort der Völkerbundsrat einberufen werden müssen. Die imperialistischen Mächte aber, die an dem Kriegszug gegen China selber beteiligt sind und, wie England selber, Teile Chinas mit ihren Truppen besetzt haben und im vergangenen Jahre blutige Expeditionen gegen das chinesische Volk durchführten, denken gar nicht daran, den Völkerbundsrat einzuberufen, so wie sie auch im vergangenen Jahre die Protesterklärung des chinesischen Vertreters in der Völkerbundsversammlung einfach ignorierten und mit Schweigen ausnahmen. Mit der formalen Begründung, daß die südjapanische Regierung vom Völkerbunde nicht anerkannt sei, sondern nur die nordchinesische Regierung in Peking, wird die Protestnote Chinas nicht als diplomatischer Akt behandelt, sondern vom Völkerbunde nur als „Informationsmaterial“ an die Mächte weitergegeben. Die britische und französische imperialistische Presse benutzen diese Tatsache, um die Einberufung des Völkerbundsrates abzulehnen. Mit seinem ganzen diplomatischen Druck versucht der britische Imperialismus, auf Japan einzuwirken, um Japan in China nicht zu stark werden und die Angelegenheit nicht vor den Völkerbund kommen zu lassen. Von besonderem Interesse für uns ist die Haltung des deutschen Imperialismus. Während das „Berliner Tageblatt“ erklärt: „Niemand kann zweifeln, daß der Völkerbund die berufene Instanz zur Schlichtung eines Streitfalles ist, auf den in der Tat alle Beziehungen des von der Nanjingregierung angegebene Artikels zutreffen.“ Auf Grund des Artikels 11 kann jede Macht, die dem Bunde angehört, die Einberufung des Völkerbundes von sich aus verlangen, also auch Deutschland.

Wäre Stresemann wirklich der Friedensengel und wäre seine Außenpolitik wirklich Friedenspolitik, so wie es die sozialdemokratischen Führer behaupten, dann müßte die deutsche Regierung, dann müßte Stresemann auf Grund des japanischen Kriegsvorstoßes von sich aus sofort die Einberufung des Völkerbundsrates verlangen. Stresemann aber, der soviel von Sicherung des Friedens und Verhütung des Krieges schwätzt, denkt gar nicht an einen solchen Schritt, weil er es mit dem britischen Imperialismus nicht verderben will und eine Kränkung der andern kein Auge ausstößt. Mag der Krieg in China die schlimmsten Formen und die blutigsten Wirkungen zeitigen, Stresemann denkt nicht daran, das Friedensinstrument des Völkerbundes in Bewegung zu setzen. Er läßt in seiner „Täglichen Rundschau“ erklären, daß man natürlich den Wunsch haben müsse, daß der „Kriegsrisiko und blutige Konflikt zwischen Japan und der südjapanischen Regierung“ möglichst bald friedlich beendet werde,

und erklärt dann wörtlich: „Mehr als diesen Wunsch wird man aber zurzeit in Deutschland nicht äußern können, da die südjapanische Regierung nicht als Vertreterin des chinesischen Volks anerkannt ist.“ Das Blatt gibt dann zu, daß auch jede andere Regierung die Einberufung fordern könne, lehnt aber eine Einberufung durch Deutschland ab mit der Begründung: „Wir selbst stehen den Dingen zu fern, um eine andere als abwartende Haltung einnehmen zu können.“

Die ebenfalls Herrn Stresemann nahestehende deutschvolksparteiliche „Völkische Zeitung“ wird noch deutlicher und schreibt: „Die Japaner würden es selbstverständlich aufs heftigste ablehnen, wenn sich der Völkerbund irgendwie einmischen würde. Schon die bloße amtliche oder gar öffentliche Förderung der Möglichkeit eines Eingreifens würde bei der weltpolitischen Verwicklung dieser Angelegenheit zu ungeheuren Schwierigkeiten führen, zu einer Belastung für den Völkerbund werden, die die Erinnerung an die Krise hervorruft, die im Sommer 1923 wegen des Vorgehens Italiens gegen Griechenland entstand. Man kann aus formalen Gründen das Telegramm der Nanjingregierung als eine private Kundgebung behandeln und zu den Akten legen. . . . Eine Auffassung, die man allgemein als die bei weitem wahrscheinlichste ansieht.“

Das ist die Haltung des deutschen Imperialismus, der wie alle anderen Mächte auch den Völkerbund als Instrument seiner außenpolitischen Interessen betrachtet.

Besonders lehrreich ist für die Arbeiterschaft die Haltung der sozialdemokratischen Führer. Sie haben bisher die Protestnote Südjapans an den Völkerbund einfach totgeschwiegen und sich in völliges Schweigen gehüllt. Dieses Schweigen aber zeigt, daß sie mit der Haltung Stresemanns und des britischen Imperialismus einverstanden sind. Sie billigen es also, daß der Völkerbund zu dem Kriegskonflikt in China schweigt und unterläßt damit wiederum einmal die blutige imperialistische Politik der räuberischen imperialistischen Mächte.

Für die Arbeitermassen aber ist dieser Vorgang ein erneutes Beispiel der verlogenen Völkerbundspolitik. Man denke: Japan und China, beides Mächte, die ihre Vertreter in der obersten Körperschaft des Völkerbundes, im Völkerbundsrat sitzen haben, führen blutigen Krieg gegeneinander, der Völkerbund aber schweigt. Uebrigens kein neuer Vorgang, denn im vergangenen Jahre hatten wir dasselbe Schauspiel bei dem imperialistischen Interventionskrieg Englands gegen das chinesische Volk. Die werktätigen Schichten sollten aus diesen Vorgängen endlich lernen und klar die Aufgaben der Arbeitermassen im Kampf gegen den Imperialismus erkennen und sich mit den Kommunisten für eine proletarische, revolutionäre Außenpolitik einsetzen.



# Der kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der R.P.D.

## Mißbrauch der Konsumvereine für die SPD.

Die reformistischen Genossenschaftsführer sind aus dem Häuschen geraten. Die kommunistische Presse hatte darauf hingewiesen, daß auch die Konsumvereine beim Wahlkampf die SPD. politisch, organisatorisch und finanziell unterstützen. Das erklärte die „Kommunisten“ für eine „große Verleumdung“, die nur aus der verbrecherischen Sucht der „Kommunisten“ erklärlich sei, ihrer Partei die Konsumvereine dienstbar zu machen. Die Zeitung der Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ in Köln hat sich sogar erdreistet, der „Vergleich Arbeiterstimme“ in Gollingen eine Berichtigung zuzuschicken, in der frech behauptet wird, die Konsumvereine würden sich einer Unterstützung einzelner politischer Parteien „strengstens enthalten“. Demnach müßten also die reformistischen Genossenschaftsinstanzen eine Ausnahme gegenüber den Reformisten der anderen Organisationen machen.

Gewiß ist es richtig, daß nach außen hin, für jedermann sichtbar, die Hilfe der reformistischen Genossenschaftsführer für die SPD. nicht immer so offen in Erscheinung tritt, wie die der Gewerkschaftsreformisten, die aus den Gewerkschaften ganz offensichtlich Fiktionen der SPD. gemacht haben. Aber der Unterschied zwischen den Gewerkschafts- und Genossenschaftsreformisten besteht nicht darin, daß die Genossenschaftsreformisten die SPD. nicht unterstützen, sondern daß sie nur eine andere Taktik bei ihrer Unterstützung der SPD. einschlagen. Sie versuchen nach außen hin, möglichst den Namen der „Neutralität“ und „Unterstützung seiner Partei“ zu zeigen, um gleichzeitig alles zur Unterstützung der SPD. zu tun. Sie wenden also nur eine weit vorsichtiger, taktisch geschicktere und raffiniertere Methode der Unterstützung der SPD. an. Deshalb gelingt es auch nur in einzelnen Fällen, die Sachhilfe für die SPD. offen nachzuweisen.

Die Frage der politischen Unterstützung der SPD. durch die Genossenschaftsreformisten bedarf heute keiner eingehenden Begründung mehr. Die reformistischen Genossenschaftsführer, die zum größten Teil noch Mitglieder der SPD. sind, befinden sich im allgemeinen in Uebereinstimmung mit der Politik und Taktik der SPD. Sie haben die gleiche Auffassung über die Rolle des kapitalistischen Staates und über das „Hineinwachsen“ in den Sozialismus auf friedlichem Wege; nur daß es noch vereinzelt Genossenschaftsphantasien gibt, die allein mit den „Genossenschaften“ in den Sozialismus wachsen wollen. Sie haben auch dieselbe Auffassung zur Politik der Bürgerblockregierung und insbesondere ihrer kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Sie haben dieselbe Einstellung wie die SPD. und Gewerkschaftsreformisten zu den Verdrängungen der kapitalistischen Monopolkonzernorganisationen usw. Erst neuerdings wieder hat sich in der Frage der Beseitigung des zöfischen Gefrierfleischkontingents gezeigt, daß die Genossenschaftsreformisten Kollaborateure der SPD. sind, langatmig, obwohl die SPD. bei ihrer Scheinopposition gegen den Bürgerblock bei der Verteilung der Kontingentscheine nur die Ausschaltung der kapitalistischen Großhändler forderte, die einen nachweisbaren Schaden mit Konsumvereinen betreiben haben. Die reformistischen Genossenschaftsführer sind nicht aus ihrer sozialdemokratischen Haut herausgerissen und haben den Antrag der Kommunisten, daß bei der Verteilung der Kontingentscheine nur die Gemeinden und Konsumvereine berücksichtigt und die kapitalistischen Großhändler vollständig ausgeschaltet werden sollen, nicht unterstützt, obwohl dieser Antrag im Interesse der Genossenschaftsmitglieder und Konsumvereine liegt.

Nur hin und wieder, wenn der Koalitionschacher der SPD. allzu offensichtlich die Interessen der Konsumvereine preisgab, haben sich vereinzelt sozialdemokratische Genossenschaftsführer gegen die Stellung der SPD. gewandt. Wir erinnern hier an die Kennzeichnung des Steuerkompromisses 1921 durch den Redakteur der „Kommunistischen Rundschau“, August Katsch, der von den Parteien — einschließlich der SPD. — sagte, daß man die Genossenschaftler „hinterhand gepöbelt“ und „verleumdung“ habe. Und gerade neuerdings wird in der „Rundschau“ zu dem Vorgehen des Anhalter Landtages, die Konsumvereine zur Zahlung von Gewerbesteuern heranzuziehen, gesagt, daß in geradezu verhängnisvoller Weise die ganz überflüssige und abwegige Theoretik eines Genossenschaftsfreundes den Genossenschaftsfeinden Wasser auf die Mühlen geleitet habe. Gemeint ist hier der Sozialdemokrat Fenz, der den Genossenschaftsfeinden „die Begründung“ für ihr Vorgehen geliefert hat.

Aber gerade jetzt, bei der Vorbereitung der Parlaments-

wahlen, werden selbst diese von einzelnen Sozialdemokraten festgestellten „Sünden“ der SPD. einfach vergessen. So war es auch kürzlich bei der Thüringer Landtagswahl, wo nicht nur von einzelnen Konsumvereinen Flugblätter zur Wahl herausgegeben wurden, sondern, wo sich auch die Leitung des Thüringer Unterverbands in Erfurt mit einem Flugblatt an die Genossenschaftsmitglieder wandte. Obwohl in dem größten Teil der Flugblätter nicht offen zur Stimmabgabe für die SPD. aufgeföhrt wurde, waren dieselben doch so abgefaßt, daß die ganzen Schandstreiche der SPD. verheimlicht wurden und die Leser selbst den Schluß für die Stimmabgabe der SPD. ziehen sollten. So hält es jetzt auch wieder „Der Genossenschaftler“ in Stuttgart, das Organ des Verbandes Württembergischer Konsumvereine, wo die Reichstags- und Landtagswahlen eingehend besprochen werden. Es wird erklärt:

„daß demgegenüber die Mitglieder der Konsumvereine nicht etwa kumm wie die Schafe dastehen bleiben, um bei den kommenden großen politischen Wahlkämpfen und ihrem Ausgang die Wirtschaftsgeschichte bezahlen zu müssen, ist einfach Gebot der Selbsterhaltung ihrer Organisationen“.

Auch dieser ganze Wahlartikel des Herrn Feuerstein ist, obwohl darin taktisch sehr geschickt operiert wird, lediglich für die Unterstützung der SPD. geschrieben.

Aber nicht nur politisch, sondern auch organisatorisch wird die SPD. allgemein und insbesondere im Wahlkampf unterstützt. In den unzähligen Genossenschaftsversammlungen, den Film- und Lichtbildveranstaltungen, die vor den Wahlen stattfinden, wird auf irgendeine Art und Weise Reflektoren für die SPD. gemacht. Als Beispiel wollen wir auf die Berliner Konsumgenossenschaft verweisen. Als in der Generalversammlung am 17. April die Opposition eine Reihe proletarischer Genossenschaftsforderungen unterbreitete, die den Parteien zugestellt werden sollten, um ihre Stellungnahme kennenzulernen und die Genossenschaftsmitglieder zur Unterstützung der Partei aufzurufen, die ihre Forderungen unterstützte, erklärte der Aufsichtsratsvorsitzende Lange dies für eine „demagogische Maßnahme der SPD.“, die gebührend zurückgewiesen werden müsse. Am 18. April benutzte der Sekretär der Berliner Konsumgenossenschaft die Filmveranstaltung in Köpenick zu einer Unterstützung der SPD. für die Wahlen, wenn auch seine Ausführungen vorzüglich gehalten waren.

Aber auch die Fahrparke, die Lastautos usw. werden in der Zeit des Wahlkampfes der SPD. von einigen Konsumvereinen zur Verfügung gestellt, natürlich wird eine gleichzeitige Unterstützung der KPD. dabei abgelehnt. Aus der Zeit früherer Wahlen liegen genügend Beweise dafür vor. Auch eine finanzielle Unterstützung der SPD. wird durch die Konsumgenossenschaften geleistet. Wir erinnern hier an die vielen Druckaufträge, die die sozialdemokratischen Verlage erhalten, an die vielen Inserate, die in der SPD.-Presse erscheinen. Nur von einigen Konsumvereinen wird in kommunistischen Zeitungen inseriert, und Druckaufträge werden kommunistischen Verlagen von keiner Seite gegeben. Wir erinnern daran, daß selbst nach einer Angabe der Leitung des Zentralverbandes in Hamburg im Jahre 1926 etwa 555 000 Mark für „Bildungszwecke“ von den einzelnen Konsumvereinen ausgegeben wurden. An wen ist die Auszahlung der Gelder erfolgt? Wir erinnern daran, daß erst kürzlich der Dresdener Konsumverein 20 000 Mark zur Unterstützung proletarischer Organisationen zur Verfügung gestellt hat, ohne daß bisher der Vertreterversammlung ein Plan über die Verteilung der Gelder vorgelegt wurde. Der größte Teil der Gelder ist indirekt oder direkt der SPD. zugeföhrt, und nur nach außen hin die „Neutralität“ zu wahren, haben einige proletarische Organisationen ein paar Pfennige erhalten. Das sind nur ein paar Beispiele der legalen finanziellen Unterstützung der SPD.; über die andere Hilfe kann allgemein schlicht gesprochen werden.

Die proletarischen Genossenschaftsmitglieder müssen dafür sorgen, daß ihre Konsumvereine im Wahlkampf nicht zur Unterstützung der SPD. mißbraucht werden dürfen. Die SPD. hat noch immer die Interessen der Genossenschaftsmitglieder und der Konsumvereine dem Koalitionschacher mit den bürgerlichen Parteien untergeordnet und preisgegeben. Deshalb muß jetzt aus den proletarischen Genossenschaftsmitgliedern nicht nur mit den Bürgerblockparteien, sondern auch mit der SPD. Abrechnung gehalten werden. Jeder proletarische Genossenschaftler wählt am 20. Mai die Liste 5.

politische Zwecke“ geleht werden solle. Kaufmann setzte sich nochmals für die Annahme der Leitsätze ein, indem er erklärte:

„Betätigen wir unsere Liebe zum Allgemeinen Verband dadurch, daß wir nun den Schlußsatz des ersten Leitsatzes annehmen!“

Auf dem Genossenschaftstag in Baden-Baden endete der Kampf, den die sächsischen Arbeiterkonsumvereine gegen die Politik und den Ruck des Allgemeinen Verbandes begonnen hatte, mit einem klaglichen Rückzug der Opposition vor den Diktaturmethoden Dr. Crügers. Die Interessen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder wurden durch die Vertreter auf dem Verbandstag schmachlich preisgegeben.

## Genossenschaftliche Streikhilfe

Wir haben in der letzten Zeit bereits von Streikunterstützungen einiger Konsumvereine — zuletzt im mitteldeutschen Metallarbeiterstreik — berichtet. Beim Streik der Metallarbeiter in Sachsen haben wieder einige Genossenschaften Unterstützung gemährt. Der Konsumverein Chemnitz stellte für seine am Streik beteiligten Mitglieder den Betrag von 30 000 Mark zur Verfügung. Ebenso hat sich der Chemnitzer Konsumverein bereit erklärt, der U. G. bei allen Lebensmittelkäufen eine Ermäßigung von 20 Prozent zu gewähren. Am 26. April fand die erste Verteilung von Lebensmitteln statt, die der Konsumverein Limbach für die Mitglieder und deren Familienangehörigen zur Verfügung gestellt hat. Verteilt wurden bisher 7 Zentner Speck und 700 Brote à 4 Pfund. Der Aufsichtsrat des Konsumvereins Köhrsdorf hat beschloffen, den ausgeschperrten Metallarbeitern, welche Mitglieder des Konsumvereins sind, einen Gutschein über 3 Mark auszuhändigen, worauf sie Waren entnehmen können.

Der Bezirkskonsumverein Gotha hat für einen bereits sechs Wochen währenden Kampf in Gotha dem Metallarbeiterverband ab 28. April für jedes Mitglied der Belegschaft ein Brot und ein Pfund Sahmalz überwiesen. Diese Hilfe soll bis Ende des Streiks durchgeführt werden.

Die Unterstützungen der Konsumvereine Chemnitz, Limbach, Köhrsdorf und Gotha sind zu begrüßen. In Sachsen wird die Konsumgenossenschaftsbewegung noch stärker als in anderen Gegenden des Reiches durch die Arbeiterkämpfe unterstützt. Es ist deshalb die Frage zu stellen, weshalb bisher noch nicht die anderen Konsumvereine in Sachsen eine Streikhilfe den kämpfenden zur Verfügung stellen. Durch einen verstärkten Druck auf die reformistischen Leitungen seitens der kämpfenden bzw. ausgeschperrten Arbeiter und proletarischen Genossenschaftsmitglieder muß auch eine Unterstützung der anderen Konsumvereine erreicht werden. Die Unterstützung der Metallarbeiter durch den Chemnitzer Konsumverein ist nicht zuletzt ein Erfolg der Forderungen der im Kampf befindlichen proletarischen Mitglieder. Die reformistischen Genossenschaftsführer erklären sich nur unter dem äußersten Druck der Mitglieder zu Zugeständnissen der Streikunterstützung bereit. Zu bedauern ist, daß die Unterstützungen in Sachsen nicht über die streikführende Organisation geleitet und zur Unterstützung aller am Kampf beteiligten Metallarbeiter zur Verfügung gestellt wurden. Überall, wo Wirtschaftskämpfe vorbereitet werden, müssen die proletarischen Mitglieder die Frage der genossenschaftlichen Streikunterstützung aufrollen, um noch mehr als bisher die Konsumvereine zur Unterstützung der Arbeiterkämpfe heranzuziehen.

## Der Wucher mit Gefrierfleischkontingentscheinen

Der Enqueteausschuß des Reichstags hat vor einiger Zeit den Wucher festgestellt, der beim Handeln mit Kontingentscheinen für das Gefrierfleisch getrieben wurde. Die ganze Presse hat über diese „Enthüllungen“ des Enqueteausschusses berichtet. Die reformistischen Genossenschaftsführer in Hamburg waren bereits seit dem Jahre 1926 von dem Wucher mit den Kontingentscheinen unterrichtet. In seinem Bericht über die „wirtschaftlichen Maßnahmen des Vorstandes“ hat Bärtlein auf dem Genossenschaftstag in München 1926 darauf hingewiesen, daß die Kontingentscheine teilweise nicht an die Rundschaff abgegeben werden. Der U. G. wurde, wie Bärtlein erklärte, ein größerer Posten Gefrierfleisch von einer Firma angeboten, die Extragehälften machen wollte. Diese Lastgabe wurde dem Ernährungsminister mitgeteilt, der die Meldung sofort an die betreffende Firma weitergegeben hat. Bärtlein hat sich in seiner Rede noch darüber „entzündet“, daß der Ernährungsminister der Bürgerblockregierung einen so selbstverständlichen Schritt getan hat. (Siehe Jahrbuch 1926, 2. Band, Seite 611.)

In dem Bericht des Vorstandes für den Genossenschaftstag in Chemnitz 1927 wird in dem Kapitel „Genossenschaft und Wirtschaft“, das auch von Bärtlein geschrieben ist, wiederum mitgeteilt, daß Kontingentscheine „mit Aufgeld“ gehandelt wurden. (Siehe Jahrbuch 1927, 1. Band, Seite 129.)

Damit ist also einwandfrei erwiesen, daß die reformistischen Genossenschaftsführer in Hamburg seit zwei Jahren von dem Wucher wußten, der mit den Gefrierfleisch-Kontingentscheinen getrieben wurde. Nicht das Geringste wurde getan, um durch die Genossenschafts-, Gewerkschafts- und Tagespresse diesen Wucher bloßzulegen und die proletarischen Genossenschaftsmitglieder in Verbindung mit den Gewerkschaften gegen diesen Wucher anzufahren. Diese Handlungsweise der sozialdemokratischen Genossenschaftsführer darf vor allem nicht am 20. Mai bei den Parlamentswahlen vergessen werden.

## Berliner Konsumgenossenschaft und Unternehmerzeitung

Der Vorstand der Konsumgenossenschaft Berlin stellte der Redaktion der „Berliner Zeitung“ Bilder von den Betriebsanlagen, dem Warenhaus, den Verteilungsstellen, dem Kinderheim und der drei Vorstandsmitglieder zur Verfügung. Ausgerechnet der bekannte Dr. Straumer schrieb in dieser Unternehmerzeitung einen „Propagandaartikel“ für die Konsumgenossenschaft und verwandte das Bildmaterial der Genossenschaft. Den Mitgliedern der Vertreterversammlung wurde dieser Artikel im Sonderdruck zugeföhrt. Die reformistische Genossenschaftsleitung schenkt sich also nicht, die Unternehmerzeitungen zu unterstützen und „interessant“ zu machen, statt in der Arbeiterpresse, durch die Gewerkschaften usw. eine umfangreiche Propaganda für die Genossenschaften zu machen.

## 25 Jahre Zentralverband deutscher Konsumvereine

Wir haben bereits in der März-Kammer eine kurze Darstellung der Vorgänge im Allgemeinen Verband im Jahre 1901/02 gegeben. In der April-Kammer haben wir einen Artikel veröffentlicht, der sich mit dem Kampf gegen den Ruck beschäftigte.

### Genossenschaftstag 1901 in Baden-Baden.

Die Auseinandersetzungen um den Ruck, den sächsischen Konsumvereine beim Eintritt in den Allgemeinen Verband unterzeichneten, wurden auf dem Genossenschaftstag 1901 in Baden-Baden fortgeführt. In seinem Begrüßungsartikel zum Genossenschaftstag forderte der heutige Diktator des Zentralverbandes, Heinrich Kaufmann, die Beachtung der Minderheit. Er sagte:

„Und jedoch ist unser Allgemeiner Verband auf einem festesten Grunde aufgebaut, auf dem Grunde der freien demokratischen Selbstbestimmung. Die Minderheit wird sich willig der Mehrheit unterordnen und die Mehrheit wird niemals vergessen, daß aus Minoritäten Majoritäten werden.“

Auf dem Genossenschaftstag wandte sich der Verbandsvorsitzende Dr. Crüger schärf davor, daß das englische System nach Deutschland importiert werde. Wie sehr ahnen seine Worte den heutigen Anwürfen der reformistischen Führer gegen Sowjetrußland. Crüger erklärte:

Dieses englische System nun, die englischen Genossenschaftsziele, sind nach Deutschland importiert worden, und dasjenige Blatt, das sich in den Dienst dieses Systems gestellt hat, ist der Wochenbericht der Graepel-Kaufmann-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine.“

In seinem Geschäftsbericht beschäftigte sich Dr. Crüger vor allem mit den „schweren“ Differenzen wegen des Ruckes. Er

wandte sich schärf gegen die sächsischen Konsumvereine und deren Verband. In der Distriktsversammlung der Opposition v. Elm, Lorenz und Kaufmann. Elm hielt nun eine lahmende Rede, in der er „freie Meinungsäußerung“ forderte, den Ruck für überflüssig erklärte und den genossenschaftlichen „Frieden“ predigte. Auf die Rede Kaufmanns war sehr verwöhnt. Im Gegenzug dazu sprach Lorenz als Vertreter der sächsischen Konsumvereine sehr schärf und wandte sich gegen das „Ausnahmegericht“. Im Schlußwort wies Crüger vor allem darauf hin, daß Feilscherei verurteilt, die Konsumvereine sollten „die sozialdemokratischen Bedürfnisse unterstützen“.

In Rahmen des Genossenschaftstages fand eine Sonderkonferenz für die Angelegenheiten der Konsumvereine statt, in der es wiederum zu Auseinandersetzungen kam. Von dem Verbandsvorsitzenden waren keine Leitsätze für die Konsumvereine vorgelegt, in denen es im ersten Punkt hieß:

„Die Verfolgung politischer Zwecke — unmittelbar oder mittelbar — und die Unterstützung von Klassen- und Standesorganisationen steht im Widerspruch mit den Aufgaben des Konsumvereins.“

Von Elm wandte sich gegen die Aufnahme dieses Satzes in die Leitsätze, da dadurch die Bewegungsfreiheit zu weit beschnitten würde. Nachdem Feuerstein ebenfalls für die Streichung eingetreten war, erklärte Käufmann, daß dieser Satz lediglich ein „Ausnahmegericht“ gegen die sächsischen Konsumvereine sei. Dr. Crüger erklärte, daß man aus den Konsumvereinen eine Arbeiterbewegung machen wolle, und das dürfe nicht sein. Kaufmann trat für ein Kompromiß mit dem Verbandsvorsitzenden ein. Nachdem der Eintracht in den Leitsätzen einmal vorhanden sei, müsse er angenommen werden. Dr. Crüger kontrargierte dann, daß in den Leitsätzen an Stelle „politischer Zwecke“ — „partei-

Genossenschaftlicher Schatz: Otto Gossens, H. K. W. Berlin. Verlag: „Die Freiheit“, Berlin C 25, Köpenickerstraße 25. Druck: „Der Arbeiter“, Köpenickerstraße 25, Berlin C 25.



# Straße frei! Platz dem Arbeiter! Massenfundgebung

Heute Sonnabend, 19.30 Uhr, auf dem Neumarkt

unter der Losung: **Wählt Kommunisten!**

**Sammelplätze:** Dhlauer Tor: Tauentzien- Ecke Königgräzer Straße; Scheitnig: Bauschulplatz; Nord: Weissenburger Platz; West: Westpark; Zentrum: Neue Antonienstraße (Turmhof); Süd: Friedrichstraße (Zanke). **Antreten der Abteilungen des KZB., der Parteimitglieder und Sympathisierenden auf allen Sammelplätzen um 18.30 Uhr.**

**KPD., Ortsgruppe Breslau.**

**RFB., Ortsgruppe Breslau.**

## Breslau

### Jetzt kommt der Endspurt!

#### Die Wahlendssammlungen im Bezirk Schlesien

	Bisher quittiert	1223,26 M
Bräuer-Versammlung	6,26	"
Alt-Warthau 16 696	10,--	"
Schmidt-Strehlen 16 760	30,--	"
KZB. Fischberg	15,75	"
KZB. Fischberg	20,--	"
Waldburg	30,--	"
Sagan	30,--	"
Aufschie	4,50	"
Hausen durch Brosch.-Verl.	—,80	"
Landesgut	7,92	"
Grünberg	—,90	"
Rangenbielau	50,--	"
Striegau	27,30	"
Genrietenhütte	4,45	"
Rausfung	3,--	"
Krausendorf	2,30	"
Brieg	6,--	"
Stadtteil 4 Breslau	20,13	"
Görlitz	35,70	"
Alt-Warthau	1,28	"
Stadtteil 5 Breslau	8,40	"
<b>Zusammen</b>	<b>1537,95</b>	<b>M</b>

**Spannt noch einmal alle Kräfte an!**

#### Achtung, Breslauer Wähler!

In Breslau findet die Wahl, da neben Reichs- und Landtag auch noch zur Stadtverordnetenwahl gewählt wird, in zwei „Gängen“ statt. Im ersten „Wahlgang“ werden die weiße und der rötliche Stimmzettel, die für die Reichs- und Landtagswahl gelten, in den blauen Umschlag gesteckt und abgegeben. Nachher bekommt jeder für die Stadtverordnetenwahl einen gelben Umschlag mit gelbem Stimmzettel, der ebenfalls auszufüllen und dann abzugeben ist. In allen drei Fällen wird das Kreuz in den Kreis Nr. 5 beim Wahlvorschlag der Kommunistischen Partei gemacht. Die Stimmzettel bekommt man im Wahllokal vom Wahlleiter. Keinesfalls dürfen etwa Stimmzettel, die vor der Tür verteilt werden, in die Umschläge gesteckt werden, da diese dann ungültig wären. Alle unsere Leser seien darauf aufmerksam gemacht, daß die Wahlbüros für Breslau von 8—17 Uhr selbstgeöffnet ist. Jeder gehe so früh wie nur irgend möglich zur Wahl und suche dann alle seine Bekannten auf und erkundige sich, ob sie bereits ihrer Wahlpflicht genügt haben.

Von allen Vorfällen bei der Wahl ist sofort dem Zentralwahlbüro oder den einzelnen Bezirkswahlbüros Mitteilung zu machen. Diese sind den ganzen Tag über besetzt. Und nun, Genossen, an die Arbeit! Sorgt dafür, daß der morgige Sonntag zu einer grandiosen Abrechnung der Werktätigen mit den schwarzweihroten und schwarzrotgelben Feinden der Arbeiterklasse wird.

#### Gute Propagandamethoden

Die letzten Tage brachten eine sich ständig steigende Wahlarbeit der verschiedenen Parteien. Die bürgerlichen Gruppen sind ihrer bisherigen Methode, durch bezahlte Leute Flugblätter verteilen oder Möbelwagen herumfahren zu lassen, treu geblieben. Die Sozialdemokraten haben die Rolle der Wählerischen übernommen und gehen jede Nacht mit Messern und Farbdöpfen den kommunistischen Plakaten zu Leibe.

Unsere Genossen beherrschen mit ihrer Propagandaarbeit das Stadtbild vollständig. Am Donnerstag durchführten mehrere Radfahrerkolonnen mit Wahlplakaten, angeführt von Hornisten, die Straßen. Abends führt der Bezirk West auf der Mariannenstraße revolutionäre Filme im eigenen „Freiwilligen“, d. h. auf freier Straße, öffentlich vor. Im Bezirk Ost wurde äußerst fleißig geklebt. Von jeder Hauswand werden die Passanten aufgefordert, kommunistisch zu wählen. Ein besonders prächtiges Stückchen haben sich einige Genossen in einer der letzten Nächte geleistet. Mit einem Kahn fuhren sie auf der Oder und brachten an den Ufermauern der Dominikeld drei Stellen Wahlzettel an. Geradeüber von der Holzhöhe, so daß es jedem der vorbeibräut, sofort ins Auge fällt, fordern Riesenbuchstaben auf: **Wählt Liste 51** Das selbe nahe der Sandbrücke und an der Dombücke. Die Arbeiter, die es sehen, freuen sich sehr darüber, während die Pfaffen ganz aus dem Häuschen sind.

Unsere Genossen müssen die letzte Nacht vor dem morgigen Wahltag besonders auf dem Posten sein, weil von verschiedenen Seiten Subversivitäten geplant sind, die an der Aufmerksamkeit unserer Genossen auf jeden Fall scheitern müssen.

Erhängt. In Schwoitsch hat sich der 68jährige Barbier Georg F. erhängt.

## Wie der Rathhaus-Bürgerblut hauste!

Breslauer Stadtverordnetenwähler erinnert sich

### Bis zum letzten Augenblick werden Posten besorgt

Obwohl die Stadtverordnetenversammlung offiziell bereits tot ist, berief der deutschnationalen Vorsteher Dr. Friedrich doch noch für gestern Abend eine Sitzung ein. Grund dazu war das Bestreben, noch schnell vor dem Zerfall der gegenwärtigen Mehrheit dem deutschnationalen Stadtbaurat Dr. Trauer einen Lehrauftrag an der Technischen Hochschule mit entsprechendem Gehalt zu besorgen. Mit den Stimmen der Bürgerblockmehrheit wurde auch so beschlossen. Ja, ja, die Schwarzweihroten sorgen für ihre Leute...

### Die städtischen Betriebswerte als Milchfähe

Nur die Kommunisten bekämpfen den Gebührenwucher. Während der sozialdemokratischen Stadtverordnetenmehrheit — besonders in den Inflationsjahren — wurden die städtischen Betriebswerte zu Milchfähen des Magistrats.

Alle Ausgaben wurden auf die Verbraucher von Gas und Elektrizität abgewälzt.

Die Gebühren wurden dauernd erhöht. Die Steuern nannte die Oberbürgermeister Dr. Wagner. Dieses von der SPD. eingeführte System wurde auch in den letzten vier Jahren beibehalten. Als im Jahre 1927 Gas und Elektrizität sowie die Straßenbahnpreise abermals erhöht wurden, kündigte Herr Darf unter dem Druck der empörten sozialdemokratischen Arbeiter die Ablehnung des Etats durch seine Fraktion an. Monatslang wurde dann in den Ausschüssen über die Gebührenerhöhung getuschelt. Als die Deutschnationalen den Sozialdemokraten mit der Ablehnung des Etats drohten und einen Zwangsset an die Wand malten, bekamen die SPD.-Führer Angst vor der eigenen Courage. Sie fielen um und gaben dem Baurat ihre Zustimmung.

So sieht die Vertretung der Arbeiterinteressen durch die Sozialdemokratie aus.

Bürgerliche und Sozialdemokraten, sie tragen die Verantwortung

dadür, daß die Besteuerung des Luxus und Bestes in Breslau bisher abgelehnt wurde und alle Lasten auf die Schultern der Verbraucher abgewälzt wurden.

Dieselben Parteien, die den Arbeitslosen, Invaliden und Rentnern die Benutzung der Straßenbahn, den Verbrauch von Gas und Elektrizität unmöglich machen, sie billigen es, daß Großabnehmer von Gas und Elektrizität Geschenke auf Kosten der Steuerzahler gemacht werden. Nur die Kommunisten brandmarken es; daß die Großabnehmer Rabattätze bis zu 50 Prozent erhalten.

### Wie es gemacht werden muß

Als im November v. J. bekannt wurde, daß circa 400 Rotlandsarbeiter vor Ablauf ihrer Arbeitsperiode entlassen werden sollten, brachte die kommunistische Fraktion folgende dringliche Anfrage ein:

Nach Mitteilung der produktiven Erwerbslosenfürsorge sollen von nächster Woche ab alle Rotlandsarbeiten der Stadt, außer den Arbeiten im Oskarpark in Morgenau, eingestellt werden. Der Mangel an verfügbaren Mitteln soll die Weiterführung der vorgesehenen Arbeiten unmöglich machen. Ist der Magistrat bereit, Auskunft zu geben, ob die Ausgaben der produktiven Erwerbslosenfürsorge richtig sind, und was gedenkt der Magistrat zu tun, um die geplante Einstellung der Rotlandsarbeiter der Stadt jetzt bei Eintritt der kälteren Jahreszeit zu verhindern?

Da dieser parlamentarische Vorstoß unterstützt wurde von dem außerparlamentarischen Druck der Rotlandsarbeiter und Erwerbslosen, die in Versammlungen zu den Entlassungen Stellung nahmen, und die Arbeiter gegen diese Maßnahme mobilisierten, wurden die bereits ausgesprochenen Kündigungen wieder zurückgenommen. — So war es richtig! Die revolutionäre Kommunistik muß in Verbindung mit den Massen auf der Straße geleistet werden.

### Erfolgreicher Wahlkampf der Partei

Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, waren die gestrigen Wahlversammlungen der Partei ein voller Erfolg. In der „Wratistawia“ sprach Genosse Wolleber unter starkstem Beifall der Versammelten. Einige Vertreter des halb zur Sozialdemokratie übergelaufenen „Reinbundes“ versuchten, ihre politischen Dummheiten an den Mann zu bringen. Die ganze Versammlung lehnte sie entkräftet ab. — In Groß-Mochern sprach in einer überfüllten Versammlung der Genosse Robert Schulz und in Deutsch-Lissa bei ebenfalls gutem Besuch der Genosse Thomas. Nach Schluß der letztgenannten Versammlung sprach Genosse Thomas noch in der gleichzeitig stattfindenden Versammlung und fand auch hier den Beifall eines großen Teiles der Versammelten.

### Auch die Frauen folgen der KPD.

Am Mittwoch fand in den Hubertuskälen eine öffentliche Frauenfundgebung der KPD statt. Der bis auf den letzten Platz besetzte Saal bewies, daß auch die werktätigen Frauen immer mehr den richtigen Weg erkennen, der sie allein aus ihrer Unterdrückung und ihrem Elend herausführen kann. Das zur Eröffnung der Kundgebung vorgeführte Theaterstück sowie die Rezitation des KZB. und die Musik der Schalmeykapelle des KZB. fanden bei den Frauen großen Beifall. Das Referat hielt die Genossin Reichert-Berlin, die es mit einfachen Worten verstand, anknüpfend an die Tagesnöte der werktätigen Frau, die Anwesenden zu fesseln und ihnen die Notwendigkeit des Anschlusses an die KPD. klarzulegen. Besonders guten Anklang fanden die am Schluß der Kundgebung ausgeführten „Pressemelder“. Mit dem Gesang der Internationale wurde die Versammlung geschlossen.

### Genossen, ran an den Feind!

Am morgigen Sonntag müssen sich alle Klassenbewußten Arbeiter, vor allem die Parteigenossen und Parteigenossinnen, die Mitglieder des KZB., des KZM., des Jugendverbandes, der Roten Hilfe, der Internationalen Arbeiterhilfe und der Arbeiterorganisationen der kommunistischen Partei als Wahlhelfer zur Verfügung stellen.

In Breslau treffen sich sämtliche Mitarbeiter pünktlich 7 Uhr früh in folgenden Lokalen:

Nord: Schneider, Rosenstraße; Ede Ottostraße, Ritschke, Jägerstraße 2, Kupfer, Koschützstraße 14, Röscher, Uferstraße.  
Ost: Wolff, Ede Tauentzien- und Königgräzer Straße.  
Zentrum: Turmhof, Neue Antonienstraße.  
West: KZB.-Büro, Fischergasse 22 und Zanke, Mariannenstraße 7.  
Süd: Zanke, Friedrichstraße 41.

Das schlesische Zentralwahlbüro der Partei befindet sich in Breslau, Feldstraße 50, und ist am Wahltag von 7.30—22 Uhr geöffnet und telephonisch unter Breslau 57007 zu erreichen. Refugiate können also während dieser Zeit telephonisch durchgegeben werden.

Kundfunk. Am Sonntag werden Wahlergebnisse zwischen dem eigentlichen Programm gesendet. Aus Raumangel mußte die übliche Kundfunkdecke heute wegbleiben.

Sportartikel. Der Rundfunkdienst fällt wegen der Wahlen und des damit verbundenen Spielverbots aus.

Fußballpartei. Verhandlungsaussch. Ladung für den 23. Mai. 20 Uhr: SV. Demig — VFC. Vorwärts (Protest), dazu beide Spielführer, Schiedsrichter Elomronel (Gumbelsfeld) und Vereinsvertreter. Zeugen stellen die Vereine selbst. 20,15 Uhr: Scholz (1921). Dazu Vereinsvertreter FSV. 1925. — 20,30 Uhr: Georg Trau, dazu Vereinsvertreter FSV. 1925, mit Unterlagen. — 20,45 Uhr: beide Spielführer Rapid und VFC. Ostaschin sowie Schiedsrichter R. Scholz, FSV. 1925. — 21 Uhr: Spielführer 3. Mannschaft West sowie Schiedsrichter Demig, VFC. Vorwärts. — 21,15 Uhr: Vereinsvertreter Gumbelsfeld und Schiedsrichter Springer, Einigkeit.

Freie Sportvereinigung 1897. Sonnabend 20 Uhr bei Sportgenossen Baude, Weissenburger Platz 4, Monatsversammlung.

Strehlen. Freie Sportvereinigung 1924. Sonnabend 19 Uhr im Vereinslokal Mannschafstabend.

## KPD. Wahlversammlungen

Es sprechen am Sonnabend in:

Steinau, 20 Uhr, Schützenhaus: Gen. Dänninghaus-Berlin.  
Nebau, Gewerkschaftshaus: Gen. Gschle-Berlin.  
Reisterwitz: Gen. Reim-Breslau.  
Rangenbielau: Gen. Hausen-Breslau.  
Sachwitz, 20 Uhr: Gen. Udel-Breslau.  
Nofel (bei Niesky), 20 Uhr: Balzer-Rothenburg.  
Klein-Neundorf (bei Görlitz), 20 Uhr: Anders-Görlitz.  
See-Moocholz (bei Niesky), 20 Uhr: Ulrich-Görlitz.  
Rohrau: Genossin H. Hne-Breslau.  
Schweidnitz, 19 Uhr, an: Ring: Wolleber-Breslau.  
Ströbel, 20 Uhr: Fritsch-Schweidnitz.  
Steine: Thomas-Breslau.  
Sagan: Reimann-Breslau.  
Raudten: Langer-Sagan.

### Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen  
Dittersbach, Alle Genossen und KZB.-Kameraden treffen sich Sonntag früh am Teßbau.

Kommunistischer Jugendverband  
Breslau.  
— Sonnabend alle Genossen bei der Demonstration. — Sonntag beteiligt sich alles an der Wahlarbeit.

Zum Alltag u. zum Feste  
bleibt Christ's Brot  
**doch** das Beste!



# Waldenburger Bergland

## Dein Lohnbeutel sagt

Nachstehenden Lohnbeutel erhielt der Bergmann St. von der Melchiorgrube für den Monat April:

21 Schichten	117,00 M.
2 Schichten	11,20 M.
Hilfsgeld	4,14 M.
<b>Summe des Lohnes</b>	<b>132,34 M.</b>
Abzüge	24,81 M.
<b>bleibtbarer Monatsverdienst</b>	<b>108,13 M.</b>

Von diesen 108,13 M. soll ein Bergmann mit seiner Familie einen ganzen Monat leben.

Nachstehenden Lohnbeutel erhielt die Arbeiterin U. M. bei T. & S. Schmiedhüt:

48 Arbeitsstunden à 0,29 M. und 4 Ueberstunden	15,37 M.
Abzüge	1,32 M.
<b>bleibtbarer Wochenverdienst</b>	<b>14,05 M.</b>

Der Mann der Arbeiterin ist erwerbslos. Von diesen 14 Mark soll die Familie eine ganze Woche lang leben.

Eine Landeshuter Textilarbeiterin erhielt folgenden Lohnbeutel:

32 Akkordarbeitsstunden	8,98 M.
Abzüge	0,88 M.
<b>bleibtbarer Wochenlohn</b>	<b>8,10 M.</b>

Die Lohnbeutel aller schlesischen Arbeiter und Arbeiterinnen sehen ähnlich wie die oben angeführten aus. Daran denkt am 20. Mai!

## Liste 5 Kommunisten!

### Die Arbeiter folgen unserer Partei

Der Verlauf und Besuch unserer Versammlungen zeigt den steigenden Einfluß der kommunistischen Partei auf die werttätigen Massen. Am Montag fand in Waldenburg eine glänzende besuchte Wählerversammlung statt. Genosse Hausen-Breslau referierte über das Thema: „Der 20. Mai und die Kommunisten.“ Er setzte sich mit allen gegnerischen Parteien auseinander unter lebhaftem Beifall der Versammelten. Einige Sozialdemokraten, die sich durch Zwischenrufe bemerkbar machten, wurden darauf aufmerksam gemacht, daß sie die Möglichkeit haben, in der freien Aussprache ihre Ansichten und Gegenargumente vorzutragen. Die Herren zogen es jedoch vor, vor Beendigung des Referates die Flucht zu ergreifen. Die Versammlung selbst war ein Beweis für das Fortschreiten des kommunistischen Gedankens im Bergbaurevier. In Sollenhain war der Besuch trotz störender Regen ein sehr guter, um so mehr, da das Reichsbanner einige Tage vorher zu einer Wahlkundgebung auf dem Ring aufgerufen hatte, zu der nicht einmal ein Bänderduzend erschienen war. Die Versammlung stimmte den Ausführungen des Genossen Hausen bei. Von einer Aussprache wurde Abstand genommen. Der Genosse Miller schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die kommunistische Partei mit der Zuversicht, daß auch die Sollenhainer Arbeiterschaft am 20. Mai Zeugnis für ihre politische Reife durch die Abgabe eines kommunistischen Stimmzettels beibringen wird. In Weißhain fand am Donnerstag eine ebenfalls gutbesuchte Wählerversammlung statt. Die treffenden Darstellungen des Genossen Hausen fanden reifliche Zustimmung, und das Schandregiment der Bürgerbündlerregierung und der Preußischen Koalitionregierung wurde oftmals durch stürmische Zurufe aus der Versammlung bekräftigt. Im Anschluß an den Vortrag des Genossen Meulen, zu dem keine Diskussion mehr stattfand, da alle Anwesenden damit übereinstimmten, wurde der Film „Der Weg zum Sieg“ vorgeführt. Am Himmelfahrtstag fand in Langwaltersdorf eine öffentliche Versammlung der kommunistischen Partei statt, in welcher eine glänzende Kampfesstimmung herrschte. Am Abend desselben Tages wurde in Görbersdorf eine starkbesuchte Versammlung abgehalten. In beiden Versammlungen sprach der Genosse Erbe-Breslau.

Die Versammlungsteilnehmer werden das Gehörte weitertragen. So verbreitet sich die einzig wahre Erkenntnis: Nur die kommunistische Partei vertritt die Interessen der Verhasstigen! Nur Liste 5 wird am 20. Mai gewählt!

### Das Wahlbüro der KPD. Waldenburg

befindet sich in Waldenburg im Gekhaus „Zum Stern“ und ist unter der Telefon-Nummer 397 zu erreichen!

Wahlansprache von der Kanzel. In Görbersdorf fand am Himmelfahrtstag eine katholische Gottesdienst statt, wobei der Pfarrer Diener aus Friedland in seiner Predigt etwa folgendes erklärte: „Religion und Politik gehören zusammen. Nur eine Partei, bei welcher die Religion bestimmt ist, kann wirksame Politik machen. Deshalb ist es Pflicht der Katholiken, der Zentrumspartei die Stimme zu geben.“ Die katholischen Arbeiter und Arbeiterinnen wissen zu gut, daß das Zentrum eine Partei des Kapitals ist und werden deshalb nur Liste 5, Kommunisten, wählen.

### Königszell

Die Opposition hegriech. Am Montag fanden die Wahlen im Sozialdemokratischen Verband statt. Es entfielen auf den oppositionellen Kollegen Walzer aus Waldenburg 162 Stimmen, dagegen 103 Stimmen auf den Angeheften, der gar nicht daran denkt, die Beschlüsse der höchsten Königszell durchzuführen. Nicht wahr, Herr Kähn, es ist für Sie eine schandliche Ohrenschmerz? — Diese Ohrenschmerz gilt der gesamten Sozialdemokratie. Weiter vorziehen, Kollegen! Wählt auch am 20. Mai nur Liste 5, Kommunisten!

### Freiburg

Die Wahrheit bringt sich Bahn. Vor einigen Tagen veröffentlichte die „Vergewacht“ einen Bericht über die Gerichtsverhandlung in Sachen des Lehrers Berger, welcher sich durch die Bezeichnung Prügellehrer beleidigt fühlte und deshalb Privatklage erhob. Der Angeklagte wurde freigesprochen, weil die Zeugenaussagen einwandfrei die Wahrheit der Behauptung Berger sei ein Prügellehrer bewiesen. Damit gibt die „Vergewacht“ indirekt zu, daß der im Juli 1928 geführte Schulkampf gegen die Lehrer Berger, Bräuer

und Faulhaber vollkommen berechtigt war. Wie war aber die Haltung derselben „Vergewacht“ im Jahre 1928? Wilde Kommunistenhetze und Verleumdung der Lehrer, die als Feinde der freien Schulbewegung bekannt waren. Hier ein Beispiel: Die „Vergewacht“ veröffentlichte u. a. einen Artikel mit der Überschrift: „Kommunistischer Wahnsinn wie überall, so auch in der weltlichen Schulbewegung zu Freiburg.“ In diesem Artikel wurde u. a. gesagt: „Wir stellen fest, daß gegen die drei Herren Lehrer nicht das geringste vorliegt.“ Am nächsten Tage mußte sie auf Drängen des Bezirksvorstandes der freien Elternvereine eine Verichtigung bringen. Das hinderte sie nicht, die Behauptung aufzustellen, die Kommunisten hätten die weltliche Schule zerschlagen. Wir wollen auf die weiteren Einzelheiten nicht eingehen, wir wollen lediglich feststellen, daß jetzt die „Vergewacht“ sich selbst ins Gesicht schlagen muß. Trotz-

Arbeiter,  
Angestellte,  
Beamte,  
wählen nur  
Liste 5



## Abrechnung mit den Verrätern der Steinarbeiter

**Gaulleiter Senft verläßt den Versammlungsraum**  
Am Mittwoch fand in Strehlen eine Steinarbeiterversammlung statt. Die Ausführungen des Gaulleiters Senft waren eine einzige Kommunistenhetze. Die „Arbeiter-Zeitung“, die mit allen Kräften bemüht war, den streikenden Steinarbeitern zur Seite zu stehen, bezeichnete Senft als Najeblatt und behauptete, sie allein sei schuld, daß der Streik so lange gedauert hat. Die Ausführungen des Kollegen Senft riefen eine ungeheure Empörung der Anwesenden hervor. In der Diskussion rechneten die Kollegen Krabel, Wartel, Hante, Kolbe, Hegwer und Pietschmann unter großem Beifall der Anwesenden gründlich mit dem Allgenapostel Senft ab. Die Absicht, aus der Steinarbeiterversammlung eine Wahlversammlung der SPD. zu machen, wurde vereitelt. Als Senft in seinem Schlusswort mit den altbekannten Phrasen gegen die Opposition vorgehen wollte, steigerte sich die Empörung der anwesenden Kollegen so, daß er am Weiterreden gehindert wurde. Als er sogar alle Anwesenden, darunter auch seine eigenen Parteigenossen, mit „Pöbel“ bezeichnete, mußte er so schnell wie möglich seine Axtentische schnappen und verschwinden. Die Kollegen haben bewiesen, daß sie hinter den Kommunisten und der Gewerkschaftsopposition stehen. So wie in Strehlen muß es auch in den anderen Steinarbeiterorten sein. Nieder mit der kapitalistenfreundlichen Sozialdemokratie! Hoch die kommunistische Partei! Wählt am 20. Mai nur Liste 5!

### An unsere Leser!

Aus Rücksicht auf die Wahl sind wir leider gezwungen, die heutige Wochenausgabe mit gekürzten lokalen Zeilen und unter Weglassung der gemischten Seite (Rästel, Schach, Sport usw.) erscheinen zu lassen. Der Gesamtumfang der Zeitung ist natürlich der frühere geblieben. Die nächste Wochenausgabe wird bereits wieder in der gewohnten Ausgestaltung erscheinen.

Die Redaktion.

## Niederschlesien

### stadtherordnetenitzung

Wohnungsbauprogramm 1928. — Die neue Befehlsordnung. — Beides gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

In der letzten Sitzung wurde unter Geschäftlichem bekanntgegeben, daß vom 16. bis 30. Mai in der Aula der Mädchenmittelschule eine Ausstellung über Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung stattfindet. — Nach der Wahl von vier Vertretern zur Hauptversammlung des schlesischen Städtetages wurden 6000 Mark bewilligt zum Neubau eines Wirtschaftsschuppens und eines Pferdestalles auf der städtischen Försterei Gelsblache-Ofst. — Das Grundstück Reugasse 15 wurde für 8200 Mark zurückgelauft. — Für Umbauten auf dem Schlachthof zwecks Verlegung der Einfahrt nach der Kottbusser Straße wurden 118 000 Mark bewilligt. Hierin sind die Kosten für die Errichtung eines Gezellen- sowie Arzthauses inbegriffen. — Die bereits bewilligte Summe von 193 000 Mark für den Umbau der Hausaltungs- und Gewerkschule Konigsplatz 23 wurde um 125 000 Mark vermindert, weil sich notwendige Erweiterungen nicht umgehen ließen. — Für die Gemeindechule 5 (weltliche Samschule) wurden 240 Mark zur Einrichtung eines elektrischen Lautwerkes bewilligt. — Eine eigentliche Debatte rief das Wohnungsbauprogramm 1928 hervor. Es sollten hierbei Hauszinssteuer-Hypotheken gewährt werden für 200 stadteigene Wohnungen, 140 Wohnungen gemeinnütziger Gesellschaften und 60 Wohnungen privater Bauherren. Die Sozialdemokraten hatten bei der ersten Beratung den Antrag gestellt, an Stelle der 60 von Privaten zu bauenden Wohnungen noch 60 stadteigene mehr zu errichten. Bei der getrennten Abstimmung stimmten sie nicht einmal für ihren Antrag, auch nicht bei der Gesamtabstimmung. Der Wirtschaftspartei passierte bei der Abstimmung ein kleines Kalchur. Sie hatte beantragt, nur 100 Wohnungen gemeinnütziger Gesellschaften, und dafür 100 Privatbauten zu berücksichtigen. Dafür stimmte sie auch. Als nun gefragt wurde, wer gegen die Bezeichnung der Privatbauten ist, erhob sich außer unseren Genossen auch einer ihrer Stadtherordneten, was allgemeines Gelächter hervorrief. — In der folgenden nichtöffentlichen Sitzung wurde die neue Befehlsordnung beraten. Sie wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Trotzdem die Sozialdemokraten die Vorlage als unsozial bezeichneten, stimmten sie mit allen bürgerlichen Parteien für diese. Die kleinen und mittleren Beamten werden am morgigen Wahltage daran denken müssen. Wer zustimmt, daß den höheren Beamten 6000 Mark außer Erhöhung der Aufwandsentschädigung und des Wohnungsgeldzuschusses bewilligt werden, während es sich bei den kleineren und mittleren nur um Hunderte im günstigsten Falle handelt, der ist kein Vertreter der Kinderbemittelten.

### Denzig

Tödlicher Unfall. Ein tödlicher Unfall ereignete sich hier beim Landwirt Gay. Die Frau des G. fiel vom Oberboden beim Heuholen auf die Leine und verstarb an den schweren Verletzungen kurz nach der Entlieferung ins Denziger Krankenhaus.

### Grünberg

Berein für Friedenlerum und Feuerbehaltung. Am Sonnabendabend hielt der hiesige Ortsverein für Friedenlerum im „Preußischen Hof“ eine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen Vorberatungen für die Unterbezirks- und Bezirkskonferenz, die der ankerverantwortlichen Generalversammlung voranzugehen sollen. Nach dem Bericht des Gefinnungsreundes Schneider hat sich die Bildung eines Unterbezirks für den Krematoriumsbezirk Grünberg notwendig gemacht. Für die voraussichtlich nach Pfingsten stattfindende Unterbezirksversammlung wurden die Mitglieder Laubisch, Frau Büttner und Ekker gewählt. Die vom Vorstand vorgeschlagenen Anträge fanden die Zustimmung der Versammlung. Zur Aufklärung der breiten Masse des Volkes im Sinne der freischaffenden Bewegung haben sich die Arbeiterparteien und die freien Gewerkschaften Redner zur Verfügung gestellt. Die aufstrebenden Interessen für das in Grünberg zu unterhaltende Soziallager sollen nicht mehr vom hiesigen Ortsverein getragen, sondern auf die Ortsgruppen des Bezirkes nach ihrer Mitgliederzahl umgelegt werden. An der Bezirkskonferenz nimmt Vorsitzender Kömwig teil und kommen hierbei deren vor-

ausichtliche Beratungen zur Aussprache. Die einheitlich gehaltenen Grabtaseln für die verstorbenen Mitglieder sind eingetroffen und werden demnächst auf den Bestattungsstellen des Arrenfriedhofes angebracht. Für ein auscheidendes Vorstandsmittglied wurde Gefinnungsreud Streich als Beisitzer gewählt. Durch eine Vorlesung „Etwas Lustiges über Entstehung der Welt“ fanden die ernstern Beratungen einen erheitenden Abschluß.

### Sagan

Tagebuch. Eine überaus hohe Ehre ist drei Landjägern aus dem Kreise Sagan zuteil geworden. Der „Herczog von Kalibor“, der sich sehr dafür interessiert, wie man auf der Jagd seinem lieben Nächsten die Knochen kaputtstücken kann, geruhte alleruntertänigst, den drei Landjägern für erfolgreiche Wibererbekämpfung den eingerahmten Hindenburg zu verehren. Wir befürchten, daß jetzt eine wahre Seuche über die Wälder hereinbrechen wird, da ja die Herren Landjäger dafür mit einem Bilde des Retters beglückt werden.

In Gerdorf versuchte die SPD., ihr Renommee, das in den letzten Jahren geradezu auf den Hund gekommen ist, wieder erneut zu befestigen. Da der „schöne Erich“ bei den Gerdorfer Arbeitern mit seinem Ansehen im Kreise geraten ist, verschrieb er sich den Bürgermeister Klenke aus Friebus, der allerdings gar nichts mehr retten konnte. Die Arbeiter hörten sich die linken Phrasen wohl an, als sie aber aufgefordert wurden, in die Reihen der völkerverfeindenden SPD. zurückzukehren, setzte die Massenflucht ein. Die Pleite kann man erst ganz verstehen, wenn man weiß, daß früher eine starke Ortsgruppe der SPD. dort war, heute jedoch nicht einmal eine Krume davon zu finden ist.

Bekanntlich hat der Turnverein Jahn in einer der letzten Versammlungen beschlossen, die Kapelle der SPD. zur Verfügung zu stellen, obwohl sich ein sehr großer Teil der Mitglieder dagegen sträubte. Da sich unter den Kapellenmitgliedern noch einige mit revolutionärer Gesinnung befinden, lehnten sie am letzten Sonntag eine Beteiligung bei der Wahlpropaganda ab. Also wieder eine Pleite. Im Zusammenhang damit sei erwähnt, mit welchen Mitteln dort den Jugendlichen das Recht abgeprochen wird, politisch zu denken. Dem Jugendlichen Hennis, dem von seiten des Vorstandes eine Mitgliedschaft im KJB. angedichtet wird, darf seine Meinung nicht mehr äußern. Mit solchen Mitteln wird man schwerlich die Jugend zum Sozialismus erziehen. Arbeitersportler, am 20. Mai wählt Liste 5!

### Neusalz

Ein Kahn im Hafen gesunken. Der Kahn des Schiffseigners Busch aus Kuster hatte im hiesigen Hafen eine Ladung Holz an Bord genommen. In der Nacht zum Dienstag ist nun der Kahn, während er in der Landabstelle im Hafen lag, gesunken. Die Ursache konnte noch nicht ermittelt werden.

### Hagnau

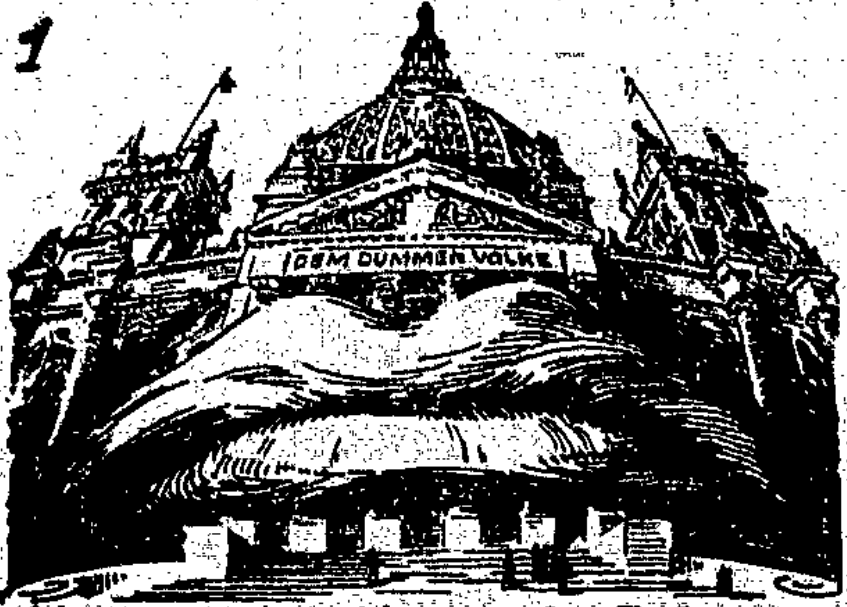
Heraus zur Wahlarbeit! Genossen, Kameraden! Der 20. Mai erfordert noch einmal die gesamten Arbeitskräfte eines jeden einzelnen Genossen. Alle Genossen und Kameraden erscheinen früh 6,30 Uhr zur Wahlarbeit bei Schreiber am Wilhelmplatz. Punkt 7 Uhr Abfahrt des Propaganda-Autos vom Wilhelmplatz. Das Erscheinen der Genossen und Kameraden ist Pflicht, daher heraus zur letzten Wahlarbeit!

### Liegnitz

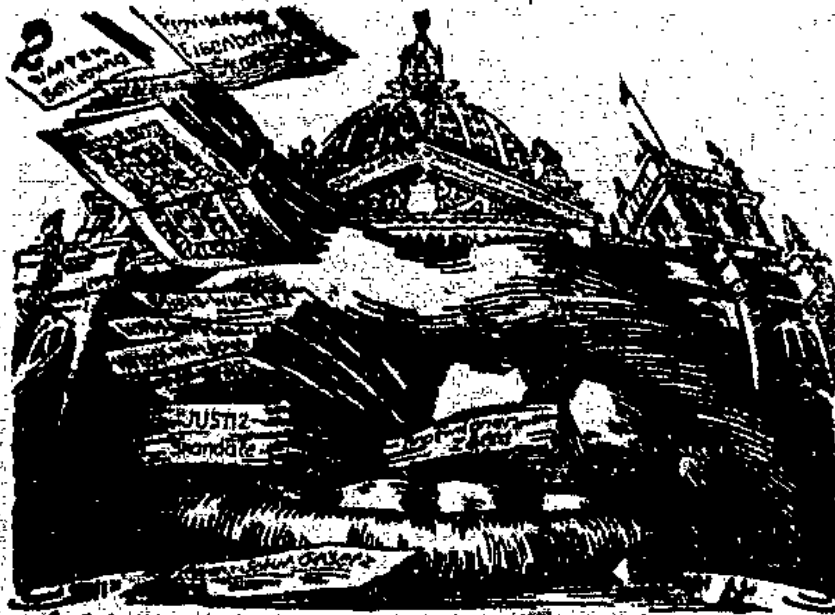
Harte Strafe für einen hungrigen Greis. Der 65jährige Tischler Paul Scholz von hier war vom Amtsgericht Liegnitz zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er 1925 und 1926 Arbeitslosenunterstützung bezog und gleichzeitig abends in einem Restaurant zwei bis dreimal in der Woche als Kaffierer arbeitete und so wöchentlich circa 6 Mark (!) verdiente. Die kleine Strafsumme als Berufsverstoß verwarf am Dienstag die Berufung mit der Klage, daß die Strafe auf zwei Wochen herabgesetzt wurde. Außerdem wird ihm Strafaussetzung mit dreijähriger Bewährungsfrist bewilligt, unter der Bedingung, daß er eine Buße von 30 Mark bezahlt.



# Die große Schnauze.



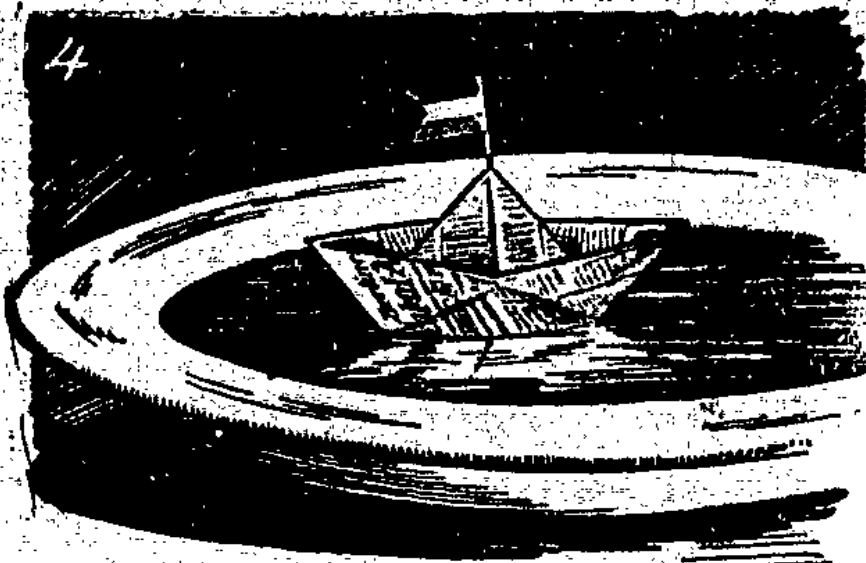
Sieh, das ist die große Schnauze, die uns hat regiert. Die als Riesen-Futterklappe nicht mehr funktioniert.



Alles, was dem eignen Bauche schmeckte, ward gekaut und dabei - so à la Phöbus - uns das Geld geklaut.



Ringsum Schiebung und Skandale, wie ein Dreckgeschwür. Doch die Schnauze fraß auch dieses bei verschloss'ner Tür.



Zwischendurch 'n Panzerkreuzer, schwarzweißrot bewehrt. Dieses alles zu bezahlen hungerst du, Prolet! -



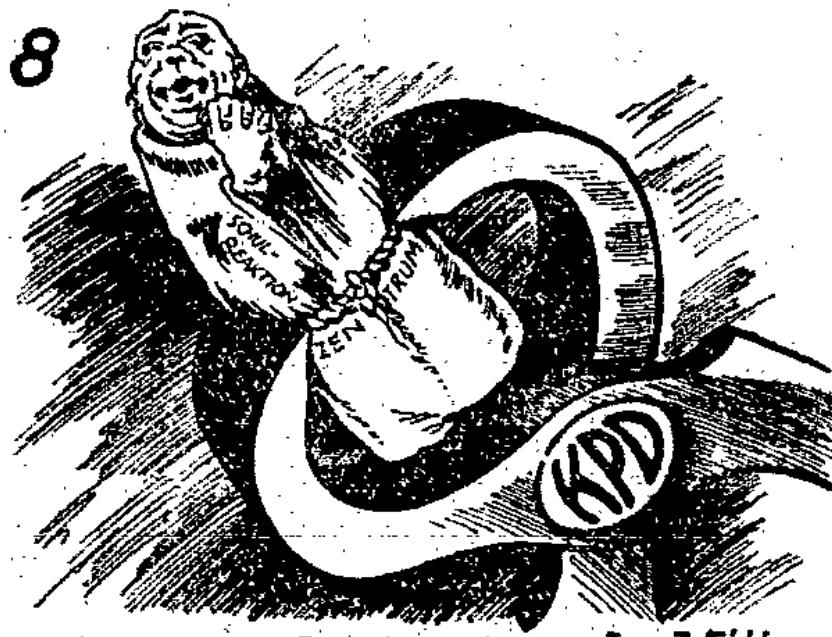
Soll die sich von neuem mästen voller Größenwahn? - Nimmermehr! - Drum greif zur Zange, zieh ihr Zahn für Zahn.



Erst den auf der rechten Seite, der verschwollen ist. Rrrrräus damit und dann für immer schmeiß ihn auf den Mist.



Und als zweiten, den daneben, der mit Gold plombiert. Weg mit ihm, auf daß die Menschheit nicht noch mehr verbiert.



Dann den schwarzen aus der Mitte, der ist oberfaul. Angefast und rausgerissen aus dem Sündenmaul!



Nunmehr links, zunächst den kleinen, der als Wackelzahn nur noch da war und schon lange nicht mehr beißen kann!



Dann zuletzt noch dieses falsche quergewachs'ne Ding. Nach dem lange schon die Schnauze widerwärtig stinkt.



Endlich hole aus zum Schwinger mit genauem Sinn, und verpasse ihr den Flaken mitten unter's Hint.



Dazu hießt Du, gehst Du wählen, was notwendig ist? K.P.D. und nicht mehr anders. Werde Kommunist!



# Die Wahlen und der Jungarbeiter

Am 20. Mai werden 3 Millionen junger Wähler zum ersten Male an die Urne treten. Drei Millionen, die aufgewachsen sind in den Jahren des Krieges, als ihre Väter in den Schützengräben standen, in den Jahren der Revolution, als die Arbeiterschaft auf den Barrikaden stand und den Kampf um ihre Befreiung führte. Mit allen Mitteln kämpfen die bürgerlichen Parteien um die Stimmen dieser jungen Wähler. Sie machen Versprechungen über Versprechungen, doch um sie ebenso wie in der vergangenen Parlamentsperiode zu verraten.

Diese Wahl aber interessiert nicht nur diejenigen jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, die jetzt zum ersten Male wählen werden.

## Die Jugend ist vor der Ausbeutung zu schützen (Art. 122 der Reichsverfassung)



Zwölfjähriger Junge, der für geringes Geld täglich mehrere Stunden arbeiten muß

Den Kindern auch die Millionen junger Proletarier, denen der bürgerliche Staat zwar das Recht gibt, sich ausbeuten und unterdrücken zu lassen, denen er aber das Stimmrecht vorenthält. Mit besonderer Schärfe richteten sich die Angriffe der Bürgerblockregierung und des letzten Reichstages, der nichts weiter als ihr geistiges Instrument war, gegen die arbeitende Jugend. Nicht nur weil sie hier die schwächste Stelle in der Front der Arbeiterschaft zu finden glaubt, sondern auch, weil die Masse der Jugendlichen für sie eine große Bedeutung hat, besonders in Anbetracht eines kommenden Krieges, wo es gerade die Jugend sein wird, die als Kanonensucher für die Profitinteressen der herrschenden Klassen dienen soll. Drei Gesetze sind es vor allem, die besonders die Jugend angehen.

### Das Gesetz gegen Schmutz und Schund.

Den Reigen der reaktionären Gesetze gegen die Jugend eröffnet das Gesetz gegen Schmutz und Schund des demokratischen Innenministers Kütz. Dieses Gesetz ist der ernste Angriff auf die Freiheit des Wortes und der Presse. Durch dieses Gesetz können alle revolutionären Schriften und Zeitungen für die Jugend verboten werden und ganz aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet werden. Schriften, die auf die Schmutz- und Schundliste gesetzt werden, dürfen an Jugendliche nicht verkauft und dürfen nicht öffentlich angepöbeln, ausgestellt und angeboten werden.

### Das Gesetz zum Schutze der Jugend bei Publizitäten.

Dieses Gesetz ist vom Reichstag noch nicht verabschiedet. Der Reichsrat schlägt einige Änderungen vor, die es notwendig machen, daß das Gesetz erneut vom Plenum des Reichstages beschlossen wird. Dadurch, daß dieses Gesetz das Verbot von Veranstaltungen sowohl künstlerischer wie anderer Natur (z. B. auch Jugendweihen) erlaubt, ist es ein ernster Angriff auf das Vereins- und Versammlungsgesetz der arbeitenden Jugend. Mit Annahme dieses Gesetzes wird es jeder Volkspartei freigestellt, alle Veranstaltungen der reaktionären Organisationen des Jungproletariats zu verbieten und so ihr öffentliches Auftreten unmöglich zu machen. Es besteht kein Zweifel, daß auch der neue Reichstag dieses vom Bürgerblock vorbereitete Gesetz annehmen wird.

Wie sich das Publizitätsgesetz auswirken wird, zeigen am besten die Zustände in Bayern und Württemberg, wo mit allen Schikane die reaktionären Jugendorganisationen, der kommunistische Jugendverband und der Jung-Spartakus-Bund verfolgt werden und ihnen ein öffentliches Auftreten so gut wie unmöglich gemacht wird.

### Das Schulgesetz.

Es ist dies das dritte Gesetz gegen die Jugend, das vom Innenminister Reubell dem Reichstag vorgelegt wurde. Es steht die vollständige Auslieferung der Schule an die Kirche vor. Die geistliche Schulaufsicht soll wieder eingeführt werden, die Einheit der Schule soll erreicht werden durch die Trennung der Kinder nach Konfessionen. Wenn dieses Gesetz sich nicht annehmen läßt, so ist die Gefahr der Schulverfassung noch nicht gebannt und die Jungarbeiterchaft hat allen Anlaß, auf der Hut zu sein und den energischsten Kampf zu führen gegen die Pläne, die die arbeitende Jugend durch religiöse Verbannung zu billigen Arbeitsklaven und Kanonensucher für kommende Kriege erziehen wollen. Welche Erfolge der Klerus auf diesem Gebiete schon aufzuweisen hat, zeigt u. a. die Tatsache, daß

in einem Teil der Berufsschulen der Religionunterricht schon Eingang gefunden hat.

„Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche und geistige Verwahrlosung zu schützen.“ (Artikel 122 der R. Verf.)

Der Reichstag hat nichts unternommen, um die Jugend gegen Ausbeutung zu schützen. Dagegen hat er sich der „sittlich verwahrlosten“ Jugend im weitesten Maße „angenommen“, wobei er unter sittlicher Verwahrlosung die revolutionäre Jugend versteht, wie schon die obenangeführten Gesetze beweisen. Für die sittliche Erziehung des Volkes, insbesondere der Jugend, werden mehr als 600 000 Mark ausgeworfen, aber die Anträge der kommunistischen Partei auf Errichtung von Jugendheimen wurden von diesem Reichstag abgelehnt. Es versteht sich von selbst, daß diese Gelder verwendet werden für mörderische Zwecke, um die Jugend der Kirche und den Waffen auszuliefern. Wie der Reichstag für die Jugend sorgt, dafür sind auch die Zahlen charakteristisch, die er für die Erziehung der Jugendlichen ausgibt. Für

Studentenwirtschaftshilfe wurden 3,8 Millionen Mark ausgegeben.

Für Fortbildungsschulwesen und Erziehungszwecke 300 000 M., also weniger als 10 Proz. obiger Summe. Das sind einige Ziffern aus dem Etat des Bürgerblocks. Nicht anders in Preußen, wo die Jugendfürsorge in den Händen des lath. Zentrums liegt.

Es war aber gerade die Zeit der Herrschaft des Bürgerblocks, in der die Ausbeutung der Jugendlichen gewaltig verschärft wurde. Die Rationalisierung zog Tausende neuer Jungarbeiter in den Produktionsprozeß, die zum Teil die erwachsenen Arbeitskräfte verdrängten. Die Zollpolitik brachte eine Erhöhung der Preise, mit der die Erhöhung der Löhne längst nicht Schritt hielt. Die Zahl der Jugendelbstmorde ist auf 167 gestiegen; die Kinderarbeit breitete sich aus und hat vor allem in der Landwirtschaft katastrophale Ausmaße erreicht. In einer Umfrage wurde festgestellt, daß jeder 8. Jungarbeiter und jede 7. Jungarbeiterin Sonntagsarbeit leisten muß.

Die Bürgerblockregierung hat alles getan, um die Ausbeutung der Jugend zu erleichtern, nichts aber, um sie zu verhindern und zu hemmen. Hier ist in erster Linie zu nennen das Arbeitszeit-

gesetz, das für Jugendliche unter 16 Jahren eine 10- bis 11stündige Arbeitszeit

und für Jugendliche über 16 Jahren eine 12- bis 14stündige Arbeitszeit erlaubt und praktisch alle Bestimmungen über Begrenzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden aufhebt.

An zweiter Stelle ist hier zu nennen der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes, der dem kommenden Reichstage vorliegen wird. Dieses Berufsausbildungsgesetz bringt so gut wie keine Verbesserungen für den Lehrling. Ein großer Teil der Lehrlinge, nämlich alle, die in der Landwirtschaft und in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben beschäftigt sind, sind vom Gesetz einfach ausgeschlossen. Die Frage des Zuchtungsrechtes wird vorsichtig umgangen (die Unternehmer haben natürlich sofort geantwortet, daß das Zuchtungsrecht ausdrücklich im Gesetz festgelegt wird). Garantien für eine richtige und gute Berufsausbildung fordert der Gesetzentwurf nicht, dagegen steht er vor, daß die

Lehrlinge mit häuslichen Arbeiten im Haushalt des Lehrherrn

beschäftigt werden können. Ebenfalls verlangt er, daß der Lehrherr dem Lehrling außerhalb der Arbeitszeit (!) Zeit gibt (!), den Gottesdienst und Veranstaltungen für die Jugend zu besuchen.

### Die Sozialdemokratische Partei und die arbeitende Jugend.

Alle Angriffe des Bürgerblocks auf die Jugend wurden unterstützt von den Demokraten und Sozialdemokraten. Die Gesetze gegen Schmutz und Schund und zum Schutze der Jugend bei Publizitäten brachte der demokratische Innenminister Kütz im Reichstag ein. Ein Teil der Demokraten stimmte für diese Gesetze. Die Sozialdemokraten beschränkten sich darauf, im Reichstag gegen die Gesetze zu stimmen, aber die Vertreter der Preußenregierung, eine Regierung, in der Sozialdemokraten sitzen, stimmten im Reichstag für das Gesetz gegen Schmutz und Schund und verhalfen ihm so zur Annahme. Beim Gesetz zum Schutze der Jugend bei Publizitäten wurden lediglich im Reichsrat einige Änderungen angenommen, die ganz unwesentlich sind und vom Bürgerblock akzeptiert wurden. Die Sozialdemokraten lehnten die Mißtrauensanträge der Kommunisten gegen den Innenminister Kütz ab oder enthielten sich der Stimme. Auch

gegen die Regierung des Bürgerblocks führten die Sozialdemokraten keinen ernsthaften Kampf. Sie betrieben eine Politik der Scheinopposition, die in Wirklichkeit auf eine Unterstützung und Förderung hinauslief. Daß sie gegen die Kirche und ihre Bestrebungen auf Verpöbelung der Schule nichts Ernsthaftes unternahmen, beweist am besten ihre Politik in Preußen, wo sie mit dem Zentrum in einer Regierung sitzen. Die Preußenregierung gibt der Kirche gegenwärtig 72 Millionen Mark Zuschüsse.

Nicht anders sieht es um die SAJ, aus. Statt die Arbeiterjugend für den Kampf um ihre Forderungen zu organisieren und mobilisieren, haben sie sich dem Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände angeschlossen, in dem alle Jugendorganisationen, von der Deutschen Nationalen Volkspartei bis zur Sozialistischen Arbeiterjugend, zusammengeschlossen sind, und wollen mit Hilfe dieser reaktionären Organisationen die Forderungen der Jugendlichen durchsetzen.

Die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges wird immer größer. Mit allen Mitteln versuchen die imperialistischen Mächte, eine Kriegsfront gegen den ersten Arbeiterstaat, die Sowjetunion, zu schaffen. Auch die Bürgerblockregierung bereitet den Krieg mit allen Mitteln vor. Die Ausgaben für Rüstungen sind seit dem Jahre 1924 kolossal gewachsen. Der Reichswehretat für 1928 zeigt eine Steigerung um 250 Millionen Mark gegenüber dem von 1924 vor. Dieser Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes für den deutschen Militarismus konnte nur mit Hilfe der Sozialdemokratie geschehen, die allem unterlieh, um eine breite Kampagne gegen die deutschen Rüstungen zu führen.

Die Frage eines neuen Krieges ist von größter Bedeutung für die arbeitende Jugend. Sie muß sich zusammenschließen, um in einheitlicher Front gegen den Krieg und die Kriegsvorbereitungen zu kämpfen. Kampf gegen den imperialistischen Krieg heißt Kampf gegen den Bürgerblock und seine Helfer, die Sozialdemokraten.

### Gibt am 20. Mai die Antwort.

Der KJW, und die kommunistische Partei sind die einzigen Organisationen, die wirklich für die Interessen der arbeitenden Jugend eingetreten sind.

Die kommunistische Partei ist die einzige Partei, die unter

## Die jungen Arbeiter in der Sowjet-Union



genießen bei vier- und sechsständiger Arbeitszeit eine vorbildliche Ausbildung in Betriebsschulen

ihren Spitzenkandidaten einen Vertreter der Jungarbeiterchaft hat. Sie und der KJW, stellen für die Jungarbeiter folgende Forderungen auf:

Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre.

Völlige Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit für die proletarische Jugend.

Sechsstundentag für alle Jugendlichen unter 18 Jahren, Einbeziehung der Berufsschulzeit in die Arbeitszeit! Achtstundentag für Jugendliche über 18 Jahre.

Bezahlter Bierwochenurlaub im Jahre und Unterbringung der Jugendlichen in Ferienheimen.

Obligatorische, unentgeltliche Berufsausbildung für alle Jugendlichen bis zu 18 Jahren.

Aufbau der Berufsausbildung auf den praktischen Unterricht nach den Grundfragen der Arbeitsschule.

Abkündigung der individuellen Lehrverträge und Regelung der Berufsausbildung durch Kollektivverträge. — Zweijährige Lehrzeit.

### Schulforderungen:

Gegen die Einführung des reaktionären Reichsschulgesetzes, für die Einheitlichkeit und Weltlichkeit des gesamten Schulwesens.

Wahl von Klassenvertrauensleuten, Schülerräten und Anerkennung derselben durch die Schulbehörden. Mitbestimmungsrecht am Lehrplan und in allen Schulfragen.

Die Kommunisten machen den Jungwählern keine Verpöbelungen, daß der kommende Reichstag diese Forderungen verwirklichen und ihre Lage bessern wird. Sie sagen klar und deutlich: Nicht der Stimmzettel kann das Schicksal der Arbeiterklasse entscheiden. Die Arbeiterklasse und ihre Jugend kann ihre Ziele nur dann verwirklichen, wenn sie die Herrschaft der Ausbeuter niederwirft, wenn sie die Macht erobert, die Diktatur des Proletariats errichtet. Für uns ist der Wahlkampf eine Gelegenheit zur Mobilisierung der Massen und die Abgabe des Stimmzettels für die kommunistische Linie eine Bereitschaftserklärung zum Kampf.

Gibt dem Bürgerblock und den Koalitionsparteien, den Wegbereitern des neuen Krieges die Antwort. Gebt ihnen die Antwort für die reaktionären Jugendgesetze. Zählt ihnen heim für euer Elend, an dem sie voll und ganz die Schuld tragen.

Wählt am 20. Mai Kommunisten!

Kämpft mit uns gegen den imperialistischen Krieg! Für die Verteidigung der Sowjetunion! Für die Forderungen der Jungarbeiterchaft!

Gegen den Bürgerblock und gegen die reaktionären Gesetze!

## Reichsjugendtag des KJVD. in Chemnitz



ein gewaltiger Aufmarsch gegen Bürgerblock und Kriegsgefahr